

# „Da soll der Jude den Schaden bezahlen!“

**Der 9. November 1938 als  
„Versicherungsfall“**

Lesung des Protokolls vom 12.11.1938 zur  
„Besprechung über die Judenfrage“



Brandenburger Forum für Sozial- und Demokratieggeschichte e.V.  
und Landesbüro Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Potsdam 2023



Es ist ein großes Verdienst der Initiatorinnen und Initiatoren der szenischen Lesung „Da soll der Jude den Schaden bezahlen“, das Protokoll zur „Besprechung der Judenfrage“ vom 12. November 1938 für ein breites Publikum so eindrucksvoll zu vermitteln.

Die Besprechung unmittelbar nach den barbarischen Pogromen in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 mit dem Ziel die wirtschaftlichen Folgen der Zerstörung den Opfern, nämlich der jüdischen Bevölkerung, aufzubürden, ist ein erschütterndes Ereignis. Es ist ein Zeugnis für die Perfidität und Kaltblütigkeit der Bürokratie der nationalsozialistischen Diktatur, mit der systematisch die Vernichtung der europäischen Juden umgesetzt werden sollte und die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges viele Millionen Opfer forderte.

Die aktive erinnerungskulturelle Auseinandersetzung mit den Tätern des nationalsozialistischen Regimes vermittelt eindrucksvoll Aufbau und Funktionsweise der menschenverachtenden Diktatur. Aus einer solchen Beschäftigung, gerade mit der „Besprechung über die Judenfrage“, sind klare Haltungen und Handlungen für das Heute abzuleiten. Dazu zählen: Zurückweisung jeglicher Relativierungen des Holocaust, uneingeschränkte Wahrung der Würde eines jeden Menschen und Stabilisierung unseres demokratisch-freiheitlichen Staates.

**Mike Schubert**

Oberbürgermeister der Stadt Potsdam

### **Die „Reichskristallnacht“ war die Reichspogromnacht.**

Es ging nicht nur Kristall kaputt. Sondern nun wurde für alle sichtbar die Zivilisation zerstört. Die man doch mit dem Deutschtum und der Expansion des Deutschen Übermenschen Richtung Osten erst aufrichten wollte. Die Juden glaubten, dass nach den Nürnberger Gesetzen mit der Reichspogromnacht die letzte Stufe der Diskriminierung stattgefunden hätte. Aber im Schatten des nun mit einem Vierjahresplan durch Göring vorbereiteten Krieges wurde das schlimmste Denkbare auch machbar. Die Nürnberger Gesetze, schon 1935 noch vor den Olympischen Spielen 1936 in Berlin erlassen, haben wohl nicht alle Deutschen gekannt. Aber diese Pogromnacht konnte man nun nicht mehr übersehen. Jetzt hätte jede und jeder wissen können und eben auch wissen müssen, dass die Weichen endgültig gestellt worden waren. Wohl eher zufällig wurde das Pogrom am Schicksalstag der Deutschen von den Nazis gestartet. Denn an dem Tag erlag Ernst Eduard vom Rath, deutscher Diplomat und Botschaftsstaatssekretär in Paris, den Folgen eines Attentats von Herschel Grzyspan. Das konnte als Anlass genommen werden, den Mob auf die loszulassen, die man nicht nur ins Abseits, sondern ins Nichts drängen wollte.

Der Lack der Aufklärung, der Zivilisation, die seit dem 18. Jahrhundert sich langsam Bahn gebrochen hatte und zur Integration der Juden als Bürgerinnen und Bürger geführt hatte, splitterte ab und das Monster brach sich Bahn.

Hier also begann für alle sichtbar, das dunkelste Kapitel der Menschheit, das widerwärtigste in der Geschichte des Universums. Was schon einmal aufleuchtete als Untat des Völkermordes an den Herrero und den Khoikhoi in Afrika, was von Deutschen beim Koalitionspartner Türkei 1915 geduldet wurde, den Völkermord an 1,5 Millionen christlichen Armeniern durch die muslimischen Türken, wurde nun in Gang gesetzt zur „Endlösung der Judenfrage“. Dieses Wort wird erst greifbar im Eichmann-Protokoll der Wannsee-Konferenz 1941, aber der Geist lebt 1938 schon, er ist wie Krebs in den Geist der Deutschen getreten.

Die Türken ließ man gewähren, obwohl es dort Christen waren, welche umgebracht wurden. Hitler hat auf dem Obersalzberg seiner Generalität zackig und scharf, - um ihnen die letzten zivilisatorischen Bedenken bei der Vernichtung der Juden zu nehmen, - gesagt: „Wer redet heute noch von den Armeniern.“ Und so um alle Bedenken gebracht, haben die Deutschen die Vernichtung eines Kulturvolkes, mit dem sie im Grunde immer zusammengelebt haben, zum Schluss in Auschwitz dann sogar in industrieller Weise vollbracht.

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“, dichtete Paul Celan. Denn mit einer unglaublichen, in der Geschichte der Menschheit singulären Weise wurden 6 Millionen Menschen vernichtet, 340 000 flohen vor dem Nazi-Mob - und eine unbekannte Zahl von Juden war jetzt vertrieben in alle Welt, erneut in der Diaspora, der Zerstreuung, eine Grunderfahrung der Juden seit fast 2000 Jahren.

Und was in den zur Reichskristallnacht verklärten Pogromen für alle Menschen in Deutschland sichtbar war, oder sichtbar hätte werden können wird nun drei Tage später in der Sitzung, zu der Hermann Göring eingeladen hat konsequent weitergedacht. Die Juden sollen den Schaden dieser „Reichskristallnacht“ bezahlen und die Auszahlung der Versicherungen soll an den Staat gehen.

Und die Juden sollen endlich raus aus der Deutschen Wirtschaft. Sie sollen von den Deutschen permanent weiter segregiert werden, getrennt, damit die Zumutung für die Deutschen endlich aufhört. Dieses aufgezeichnete Gespräch ist ein perverses Schauspiel, damals grausame Wirklichkeit. Noch hält Heydrich Ghettos für unmöglich. Göring sagt jetzt noch: „Verhungern lassen können wir die Juden nicht“. Aber er sagt auch: „Ich möchte kein Jude sein in Deutschland.“

Und so trifft man sich nur drei Jahre und etwas mehr als drei Monate später auf Einladung unter dem Vorsitz von Reinhard Heydrich am Wannsee am 20. Januar 1942 wieder. Viele sind persönlich wieder mit dabei, die Institutionen von Partei und Staat allemal. Und hier wird dann nun wirklich ungeniert, ohne jede Rücksicht zu Ende gedacht, was in dem Denken am 12. November 1938 schon greifbar war. Und mit deutscher Gründlichkeit wird wieder aufgezeichnet, was hier schon aufgezeichnet worden ist – wortwörtlich den sprechenden Personen zugeordnet. Und ist so dann auch wieder in der heimlichen „zweiten Reichshauptstadt“ Nürnberg bei den Prozessen wichtige Grundlage für die Beweiserhebung.

Dank sei Sabine Hering gesagt, die für unser „Brandenburger Forum Geschichte“ den Text besorgt hat, Menschen geworben hat, die den Text bei unserem Partner Friedrich-Ebert-Stiftung lesen und Dank sei HauptstadtTV gesagt, die das Ganze für Ihre Zuschauerinnen und Zuschauer festgehalten haben und in der Mediathek abrufbar halten.

### **Steffen Reiche**

Brandenburger Forum für Sozial- und Demokratieggeschichte e.V.



Vom 9. auf den 10. November 1938 brannten in Deutschland die Synagogen. Der Hass auf jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, der von den Nationalsozialisten zuvor gezielt geschürt worden war, entlud sich damals auf barbarische Art und Weise und stellte eine neue Stufe der Radikalisierung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung dar. Jüdische Geschäfte wurden genauso wie Gotteshäuser von organisierten Schlägertrupps der SA und anderer Nazi-Organisationen verwüstet und in Brand gesetzt. Vielerorts beteiligten sich aber auch ganz normale Bürgerinnen und Bürger an den Ausschreitungen und den Gewaltausbrüchen. Schätzungen zufolge wurden mindestens 91 Menschen getötet und mehrere tausend Jüdinnen und Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Der gesamte Vorgang stellte den Auftakt dar für das größte Menschheitsverbrechen: Den Holocaust.

Besonders bemerkenswert ist jedoch der Umgang führender NS-Vertreter mit diesen Verbrechen. Den Nationalsozialisten war es von Beginn an ein Dorn im Auge, dass für die entstandenen Schäden an jüdischem Eigentum eigentlich deutsche Versicherungen hätten aufkommen müssen. Daher kamen drei Tage nach der Reichspogromnacht in einer denkwürdigen Sitzung Vertreter aus Staat und Wirtschaft zusammen, um eine Lösung für dieses Problem zu finden. Das Ergebnis der Sitzung lautete: Die Geschädigten sollten selbst für die entstandenen Schäden aufkommen. Ein in jeder Hinsicht bemerkenswerter Vorgang, der an Zynismus und Menschenverachtung nicht mehr zu überbieten ist. Das folgende Protokoll der Sitzung gibt darüber beredt Auskunft und steht für sich und die Grausamkeit und Brutalität dieses verbrecherischen Regimes.

Auch 85 Jahre nach diesen schrecklichen Ereignissen fällt es immer noch schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, dass in Deutschland derartige schlimme Verbrechen geschehen konnten - und das quasi vor Aller Augen. Als Friedrich-Ebert-Stiftung ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Erinnerung an diese Geschehnisse wachzuhalten und zur aktiven Auseinandersetzung damit anzuregen. Antisemitismus, Menschenverachtung und rechtsextremes Gedankengut haben in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Gerade vor dem Hintergrund aktueller Geschehnisse muss klar sein, dass der Schutz und die Achtung jüdischen Lebens in Deutschland eine Aufgabe für uns Alle ist.

Ich möchte mich beim Brandenburger Forum für Sozial- und Demokratiegeschichte und persönlich bei Sabine Hering sehr herzlich für die sehr gute Zusammenarbeit bei diesem so wichtigen Projekt bedanken. Für die vorliegende Publikation wünsche ich mir viele interessierte und aufmerksame Leserinnen und Leser. Es geht darum, aus der Geschichte zu lernen, um in der Gegenwart eine klare und demokratische Haltung zu haben.

**Urban Überschär**

Leiter des Landesbüros Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung

## **Anmerkungen zu dem Pogrom 1938 und seinen Folgen (Kurt Schilde)**

Der hier vorgelegte Text einer Lesung basiert auf dem Stenogramm einer „Besprechung über die Judenfrage“, zu der Hermann Göring in seiner Funktion als Beauftragter für den Vierjahresplan fast unmittelbar nach den Pogromen 1938 eingeladen hatte, um die Folgen der Zerstörungen im Rahmen der Novemberpogrome in einer geschickten Umkehrung der Vorgänge wiederum der jüdischen Bevölkerung zur Last zu legen. Sein Ziel war, „die Judenfrage“ zu lösen und die deutsche Wirtschaft „in vier Jahren kriegsfähig“ zu machen.

### **Zunächst einige Informationen zu der damaligen Sitzung selber**

Am 12. November 1938 treffen sich im Reichsluftfahrtministerium unter Leitung von Hermann Göring, der seit 1933 u.a. auch Reichsminister für Luftfahrt ist, die Minister Joseph Goebbels („Volksaufklärung und Propaganda“), Walther Funk (Wirtschaft), Lutz Graf Schwerin von Krosigk (Finanzen), Franz Gürtner (Justiz) und Wilhelm Frick (Inneres). Sie haben teilweise Mitarbeiter dabei, wie den Staatssekretär Wilhelm Stuckart (Inneres), den für „Judenfragen“ zuständigen Ministerialrat Rudolf Schmeer, den Staatssekretär Rudolf Brinkmann und den Generalreferenten für Sonderaufgaben Hans Kehrl (Wirtschaft). Vertreten sind weiterhin das Außenministerium durch den Unterstaatssekretär Ernst Woermann sowie das Reichsbankdirektorium (Karl Blessing), das SS-Hauptamt der Sicherheitspolizei (Reinhard Heydrich) und der Chef des Hauptamtes Ordnungspolizei (Kurt Daluge). Anwesend sind noch Hans Fischböck (Landesminister für Handel und Verkehr in Österreich) und der Gauleiter Josef Bürckel, der zugleich Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich ist.

Themen sind die „Arisierungen“ und die durch die Pogrome entstandenen Schäden. Als Fachmann für die Schadensabwicklung kommt das Allianz-Vorstandsmitglied Eduard Hilgard hinzu, der Auskunft darüber geben soll, wie es zu bewerkstelligen sei, dass nicht „die Juden“ sondern der Staat die Versicherungssumme für die entstandenen materiellen Schäden erhält. Das Protokoll gehörte zu den Beweisdokumenten der Nürnberger Prozesse.

Nach der Sitzung erlässt Göring noch am gleichen Tag drei Verordnungen, kraft derer die jüdische Bevölkerung mit der Zahlung von einer Milliarde Reichsmark bestraft und weitestgehend aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschaltet werden soll. Weiterhin wird angeordnet, dass der Staat die Versicherungsansprüche zur Regulierung der Schäden der Novemberpogrome erhält.

## Zum Hintergrund:

Die in Deutschland gebliebenen Jüdinnen und Juden hoffen vergeblich, aber immer wieder, dass die jeweilige Verfolgungsstufe die schlimmste und letzte gewesen sei. Es sind zunehmend ältere Menschen und insbesondere viele Frauen. Bis 1933 haben sie damit gerechnet, in Deutschland ihren Lebensabend ruhig gestalten und von der Rente oder den Ersparnissen leben zu können. Diese Erwartung erweist sich aber als Illusion.

Mit den im September 1935 verabschiedeten Nürnberger Gesetzen, eine Sammelbezeichnung für das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verschlechtert sich die rechtliche Lage der jüdischen Bevölkerung extrem, die nur noch „Staatsbürger“, aber nicht mehr Teil der Volksgemeinschaft sind.

Von nun an gilt als „jüdisch“ nicht nur, wer Mitglied der jüdischen Gemeinde ist oder ein jüdisches Religionsbekenntnis abgelegt hat, sondern letztendlich jeder Mensch jüdischer Herkunft und zum Teil auch deren Ehepartnerinnen oder Ehepartner und Kinder.

Mit der zunehmenden Verfolgung geht eine systematische Erfassung der als jüdisch definierten Personen durch die Geheime Staatspolizei einher: Schon im August 1935 beginnt der Aufbau einer „zentralen Judenkartei“, die zunächst auf den Mitgliederlisten der jüdischen Organisationen beruht. Die Deutschen jüdischer Herkunft sollen ihre Identität nicht mehr verbergen können und werden gezwungen, mit einem „J“ versehene Kennkarten bei sich zu führen. Gleichzeitig müssen sie nach der vom Reichsinnen- und Reichsjustizministerium erlassenen „Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. August 1938“ zusätzlich die Vornamen „Sara“ und „Israel“ zwischen den Vor- und Familiennamen einfügen. An den Vorbereitungen für das Namensänderungsrecht ist der Referent im Reichsinnenministerium Wilhelm Stuckart maßgeblich beteiligt.

Um herauszufinden, welches Vermögen in Deutschland noch in jüdischen Händen ist, wird von Göring und vom Reichsinnenminister Wilhelm Frick die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 erlassen.

Weitere Repressalien folgen im Herbst 1938. Nachdem die polnische Regierung durch ein verändertes Passgesetz damit droht, mehr als fünf Jahre im Ausland lebenden Polinnen und Polen die Staatsbürgerschaft zu entziehen, werden von deutscher Seite 17.000 polnische Jüdinnen und Juden unter unmenschlichen Bedingungen über die deutsch-polnische Grenze getrieben. Das Attentat des jüdischen Jugendlichen Herschel Grynszpan auf einen Angehörigen der deutschen Botschaft in Paris, mit dem er gegen die Abschiebung seiner Eltern aus dem Deutschen Reich nach Polen protestiert, hat die Pogrome im November 1938 zur Folge.

Der am 7. November verübte Anschlag hatte am Nachmittag des 9. November 1938 zum Tod von Ernst vom Rath geführt. Damit war der Vorwand für die euphemistisch als „Kristallnacht“ bezeichneten Pogrome vorhanden.

Für die Auslösung des reichsweiten Pogroms spielte das alljährlich am 9. November stattfindende Veteranentreffen der Teilnehmer des „Marsches auf die Feldherrnhalle“ am 9. November 1923 eine wichtige Rolle. An dem Kameradenschaftstreffen nahmen Hitler und Goebbels teil.

Nach einer Überlieferung erschien gegen 21.00 Uhr ein Bote und informierte den „Führer“, dass vom Rath seinen Verletzungen erlegen sei. Nachdem Hitler Goebbels verständigt und das Treffen verlassen hatte, gab der Reichspropagandaminister den Versammelten den Tod bekannt und hielt eine wüste Hetzrede. Er erwähnte bereits erfolgte „spontane Vergeltungsaktionen“ in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt und gab kund, dass weitere „Ausbrüche des Volkszorns“ zu erwarten seien.

Die Rede erfüllte offensichtlich ihren eigentlichen Sinn und Zweck: Insgesamt wurden in Deutschland zwischen dem 7. und 13. November 1938 Hunderte von Jüdinnen und Juden ermordet, über 1000 Synagogen angezündet, jüdische Geschäfte und Wohnungen gestürmt und geplündert, Friedhöfe geschändet und zerstört.

Durch die Informationen des zu der „Besprechung über die Judenfrage“ herbeigeholten Experten der Allianz, Eduard Hilgard konnte auf die Versicherungsansprüche der bei den Pogromen Geschädigten zugegriffen werden.

## Nach der Besprechung

Umgehend wurde den Verfolgten kollektiv die „Sühneleistung“, die „Juden-Milliarde“, von Seiten des Staates auferlegt. Auch eine Entschädigung bekamen die Versicherten nicht.

Die Versicherungen blieben zwar anspruchspflichtig, jedoch gingen die Ansprüche der jüdischen Versicherten an den Staat über. Insgesamt flossen dem Reichshaushalt etwa 225 Millionen RM von den Versicherungsgesellschaften zu.

Dies war aber nur der Anfang der daran anschließenden Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Europa.

## Was ist aus den Teilnehmern geworden?

Einige der Männer überlebten das nationalsozialistische Deutschland nicht. Schon 1941 stirbt der 1940 erkrankte Franz Gürtner. Auf Reinhard Heydrich wird 1942 ein Attentat verübt, an dessen Folgen er stirbt. Der Tod Josef Bürckels 1944 wird von seiner Familie mit Vermutungen über einen Selbstmord benutzt, ihn zum Opfer des Nationalsozialismus zu stilisieren. Joseph Goebbels schließlich bringt sich am 1. Mai 1945 nach dem Selbstmord von Adolf Hitler im „Führerbunker“ in Berlin mit seiner Familie um.

Hermann Göring wird 1946 im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und entzieht sich der Hinrichtung mit Hilfe einer Giftkapsel. Der ebenfalls zum Tode verurteilte Wilhelm Frick wird hingerichtet. Walther Funk erhält zunächst eine lebenslängliche Haftstrafe und wird im Mai 1957 wegen Haftunfähigkeit aus dem Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau entlassen. Er stirbt 1960. Kurt Dalwege wird 1946 von den Amerikanern an die Tschechoslowakei ausgeliefert und im gleichen Jahr in Prag hingerichtet.

Das weitere Schicksal der Überlebenden verläuft unterschiedlich. Ernst Woermann kehrt erst längere Zeit nach Kriegsende nach Deutschland zurück und gehört 1949 mit Schwerin von Krosigk, Stuckart und Kehrl zu den Angeklagten im „Wilhelmstraßen-Prozeß“. Er wird wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, kommt in den Genuss einer Amnestie und wird 1957 vorzeitig aus der Haft entlassen. Woermann stirbt 1979 im Alter von 91 Jahren. Der zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte Kehrl wird schon 1951 entlassen und ist 1984 gestorben. Lutz Graf Schwerin von Krosigk erhält eine Gefängnisstrafe von 10 Jahren und wird wie Kehrl 1951 entlassen. Er zieht sich ins Privatleben zurück und stirbt fast 90jährig im Jahre 1977. Am glimpflichsten kommt Wilhelm Stuckart mit einer Gefängnisstrafe von drei Jahren, zehn Monaten und zwanzig Tagen davon, die durch Internierung und Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Er lebt in West-Berlin und stirbt 1953 bei einem Autounfall.

Im Gegensatz zu den bisher Genannten gelingt zwei Teilnehmern die Fortsetzung ihrer Karrieren: Eduard Hilgard von der Allianz-Versicherung kann seine Erfolge fortsetzen und stirbt 1982 eines natürlichen Todes. Karl Blessing gelingt eine glanzvolle Karriere, u.a. ist er von 1958-1969 Präsident der Bundesbank. Er stirbt 1971 im Alter von 71 Jahren.

Von Rudolf Schmeer, Hans Fischböck und Rudolf Brinkmann ist nicht bekannt, was aus ihnen geworden ist.



Potsdam, Blick auf die geschändete Synagoge, 10. November 1938  
Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte  
Foto: Hans Weber

**Protokoll der „Besprechung  
über die Judenfrage“ am  
12. November 1938**

**Hermann Göring** }  
Generalfeldmarschall,  
Beauftragter für den  
Vierjahresplan

**Göring:** Meine Herren, die heutige Sitzung ist von entscheidender Bedeutung. Ich habe einen Brief bekommen, den mir der Stabsleiter des Stellvertreters des Führers Bormann im Auftrag des Führers geschrieben hat, wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefaßt werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist. Durch telefonischen Anruf bin ich gestern vom Führer noch einmal darauf hingewiesen worden, jetzt die entscheidenden Schritte zentral zusammenzufassen.

Da das Problem in der Hauptsache ein umfangreiches wirtschaftliches Problem ist, wird hier der Hebel angesetzt werden müssen. Selbstverständlich ergeben sich daraus auch eine Reihe rechtlicher Maßnahmen, die sowohl in das Gebiet des Justizministers wie des Innenministers fallen, dann die daraus zu folgernden Propagandamaßnahmen, die in das Gebiet des Herrn Propagandaministers fallen, selbstverständlich auch Maßnahmen des Finanzministers und des Wirtschaftsministers.

Wenn heute ein jüdisches Geschäft zertrümmert wird, wenn Waren auf die Straße geschmissen werden, dann ersetzt die Versicherung dem Juden den Schaden. (...)

Es ist irrsinnig, ein jüdisches Warenhaus auszuräumen und anzuzünden, und dann trägt eine deutsche Versicherungsgesellschaft den Schaden, und die Waren, die ich dringend brauche - ganze Abteilungen Kleider und was weiß ich alles - werden verbrannt und fehlen mir hinten und vorn.

Jedenfalls muß der Jude nun sehr rasch aus der gesamten deutschen Wirtschaft hinaus.

Die Juden, die Ausländer sind, sind natürlich nach den Gesetzen zu behandeln, die wir mit diesem Land haben. Aber auch hier ist dafür Sorge zu tragen, daß sie freiwillig, durch sanften oder stärkeren Druck, durch geschickte Manöver hinausmanövriert werden. Auf die Juden aber, die im allgemeinen Deutsche waren, die immer in Deutschland gelebt haben und die eben nur, um sich in Sicherheit zu bringen, in den letzten Jahren diese und jene Staatsangehörigkeit angenommen haben, bitte ich keine Rücksicht zu nehmen. Mit denen wird man fertig. Oder haben Sie Bedenken?

**Ernst Woermann** }  
Unterstaatssekretär,  
Leiter der politischen  
Abteilung im  
Auswärtigen Amt

**Woermann:** Ich würde bitten, daß das Auswärtige Amt im Einzelfalle beteiligt wird, weil sich das generell sehr schwer entscheiden läßt.

**Göring:** In jedem Falle beiziehen können wir Sie nicht. Aber im ganzen selbstverständlich.

**Woermann:** Ich möchte jedenfalls den Anspruch des Auswärtigen Amtes auf Beteiligung anmelden. Man kann nicht wissen, welche Schritte unternommen werden.

**Göring:** Aber nur bei wichtigen Sachen! Auf jeden Fall möchte ich auf diese Kategorie keine Rücksicht nehmen. Denn ich habe jetzt erst gesehen, in welchem Ausmaß das geschehen ist. Das trifft besonders auf Österreich und die Tschechei zu. Wenn also jemand vorher im Sudetenland Tscheche

war, so brauchen wir überhaupt keine Rücksicht zu nehmen. Da braucht auch das Auswärtige Amt nicht beteiligt zu werden, weil man da der Auffassung sein kann, daß der jetzt zu uns gehört. Aber es sind in Österreich und auch im Sudetenland sehr viele plötzlich Engländer oder Amerikaner oder sonst was geworden, und darauf können wir im Allgemeinen nicht allzuviel Rücksicht nehmen.

**Funk:** Das ist für uns eine ganz entscheidende Frage: Sollen die jüdischen Läden wieder aufgemacht werden?

**Goebbels:** Ob sie aufgemacht werden, ist eine andere Frage. Es handelt sich darum, ob sie wiederhergestellt werden. Ich habe Frist gestellt bis Montag.

**Göring:** Ob sie wieder aufgemacht werden, brauchen sie nicht zu fragen. Dafür sind wir zuständig.

**Goebbels:** Es sind fast in allen deutschen Städten Synagogen niedergebrannt. Nun ergeben sich für die Plätze, auf denen die Synagogen gestanden haben, die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Die einen Städte wollen sie zu Parkplätzen umgestalten, andere wollen dort wieder Gebäude errichten.

**Göring:** Wie viele Synagogen sind tatsächlich niedergebrannt?

**Heydrich:** Es sind im ganzen 101 Synagogen durch Brand zerstört, 76 Synagogen demoliert und es gibt 7.500 zerstörte Geschäfte im Reich.

**Göring:** Was heißt: durch Brand zerstört?

**Heydrich:** Z.T. abgebrannt, z.T. ausgebrannt.

**Goebbels:** Ich bin der Meinung, daß das der Anlaß sein muß, die Synagogen aufzulösen. Alle, die nicht mehr vollkommen intakt sind, müssen von den Juden niedergelegt werden. Die Juden müssen das bezahlen. Hier in Berlin sind die Juden dazu bereit. Die Synagogen, die in Berlin gebrannt haben, werden von den Juden selbst niedergelegt. Wir können sie z.T. zu Parkplätzen umgestalten, z.T. werden dort andere Gebäude errichtet werden. Das muß nun, glaube ich, als Richtschnur für das ganze Land herausgegeben werden, daß die Juden selbst die beschädigten oder angebrannten Synagogen zu beiseitigen haben und der deutschen Volksgemeinschaft fertige freie Plätze zur Verfügung zu stellen haben.

Ich halte es auch für notwendig, jetzt eine Verordnung herauszugeben, daß den Juden verboten wird, deutsche Theater, Kinotheater und Zirkusse zu besuchen. Ich habe schon auf Grund des Kulturkammergesetzes eine solche Verordnung herausgegeben. Ich glaube, daß wir uns das auf Grund unserer heutigen Theaterlage leisten können. Die Theater sind sowieso überfüllt. Wir haben kaum Platz. Ich bin aber der Meinung, daß es nicht möglich ist, Juden neben Deutsche in Varietees, Kinos oder Theater hineinzusetzen. Man könnte eventuell später überlegen, den Juden hier in Berlin ein oder zwei Kinos zur Verfügung zu stellen, wo sie jüdische Filme vorführen können. Aber in deutschen Theatern haben sie nichts mehr verloren.

{ **Walther Funk**  
*Reichswirtschaftsminister,  
u.a. zuständig für „Ari-  
sierung“ der Wirtschaft*

{ **Joseph Goebbels**  
*Reichsminister für  
Volksaufklärung  
und Propaganda*

{ **Reinhard Heydrich**  
*Leiter des SS-Hauptam-  
tes Sicherheitspolizei  
und des Sicherheits-  
dienstes (SD)*

Weiterhin halte ich es für notwendig, daß die Juden überall da aus der Öffentlichkeit herausgezogen werden, wo sie provokativ wirken. Es ist z.B. heute noch möglich, daß ein Jude mit einem Deutschen ein gemeinsames Schlafwagenabteil benutzt. Es muß also ein Erlaß des Reichsverkehrsministers herauskommen, daß für Juden besondere Abteile eingerichtet werden und daß, wenn dieses Abteil besetzt ist, die Juden keinen Anspruch auf Platz haben, daß die Juden aber nur dann, wenn alle Deutschen sitzen, ein besonderes Abteil bekommen, daß sie dagegen nicht unter die Deutschen gemischt werden und daß, wenn kein Platz ist, die Juden draußen im Flur zu stehen haben.

**Göring:** Da finde ich es viel vernünftiger, daß man ihnen eigene Abteile gibt.

**Goebbels:** Aber nicht, wenn der Zug überfüllt ist.

**Göring:** Einen Moment! Es gibt nur einen jüdischen Wagen. Ist er besetzt, müssen die übrigen zu Hause bleiben.

**Goebbels:** Aber nehmen wir an: es sind nicht so viele Juden da, die mit dem Fern-D-Zug nach München fahren, sagen wir: es sitzen zwei Juden im Zug, und die anderen Abteile sind überfüllt. Diese beiden Juden hätten nun Sonderabteil. Man muß deshalb sagen: die Juden haben erst dann Anspruch auf Platz, wenn alle Deutschen sitzen.

**Göring:** Das würde ich gar nicht extra einzeln fassen, sondern ich würde den Juden einen Wagen oder ein Abteil geben. Und wenn es wirklich jemals so wäre, wie Sie sagen, daß der Zug sonst überfüllt ist, glauben Sie: das machen wir so, da brauche ich kein Gesetz. Da wird er herausgeschmissen, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt während der ganzen Fahrt.

**Goebbels:** Das will ich nicht sagen. Ich glaube das nicht, sondern da muß eine Verordnung herauskommen.

Außerdem muß eine Verordnung herauskommen, daß es den Juden verboten ist, deutsche Bäder, Strandbäder und deutsche Erholungsstätten zu besuchen.

**Göring:** Vor allen Dingen hier im Admiralspalast sind wirklich widerwärtige Sachen passiert.

**Goebbels:** Auch im Wannseebad. Wir brauchen eine Verordnung, daß es den Juden absolut verboten ist, deutsche Erholungsstätten zu besuchen.

**Göring:** Man könnte ihnen ja eigene Gebiete geben.

**Goebbels:** Man könnte sich überlegen, ob man ihnen eigene gibt oder ob man deutsche Bäder zur Verfügung stellt, aber nicht die schönsten. Dann können sich die Juden, erholen.

Und es wäre zu überlegen, ob es nicht notwendig ist, den Juden auch das Betreten des deutschen Waldes zu verbieten. Heute laufen Juden rudelweise im Grunewald herum. Das ist ein dauerndes Provozieren, wir haben dauernd Zwischenfälle. Was die Juden machen, ist so aufreizend und provokativ, daß es dauernd zu Schlägereien kommt.

**Göring:** Also wir werden den Juden einen gewissen Waldteil zur Verfügung stellen, und dafür sorgen, daß die Tiere, die den Juden verdammt ähnlich sehen - der Elch beispielsweise hat ja so eine gebogene Nase - dahin kommen und sich da einbürgern.

*(allgemeines Gelächter)*

**Goebbels:** Dann weiter, wir müssen dafür sorgen, daß die Juden nicht in deutschen Anlagen herumsitzen können. Ich knüpfe an an die Flüsterpropaganda durch Judenfrauen in den Anlagen am Fehrbelliner Platz. Es gibt Juden, die gar nicht so jüdisch aussehen. Die setzen sich zu deutschen Müttern mit Kindern und fangen an zu mosern und zu stänkern.

**Göring:** Die sagen gar nicht, daß sie Juden sind.

**Goebbels:** Ich sehe darin eine besonders große Gefahr. Ich halte es deshalb für notwendig, daß man den Juden bestimmte Anlagen zur Verfügung stellt - nicht die schönsten - und sagt: auf diesen Bänken dürfen die Juden sitzen. Die sind besonders gekennzeichnet. Es steht darauf: Nur für Juden! Im übrigen haben sie in deutschen Anlagen nichts zu suchen.

Als letztes wäre noch folgendes vorzutragen. Es besteht tatsächlich heute noch der Zustand, daß jüdische Kinder in deutsche Schulen gehen. Das halte ich für unmöglich. Ich halte es für ausgeschlossen, daß mein Junge neben einem Juden im deutschen Gymnasium sitzt und am deutschen Geschichtsunterricht teilnimmt.

Ich halte es für notwendig, daß die Juden absolut aus den deutschen Schulen entfernt werden und man ihnen anheimgibt, innerhalb ihrer eigenen Kultusgemeinde selbst die Erziehung zu übernehmen.

**Göring:** Ich bitte dann, Herrn Hilgard von der Versicherung hereinzurufen. Er wartet draußen. Wenn er fertig ist, kann er gehen, und wir können weiter verhandeln.

*(Hilgard erscheint)*

Herr Hilgard, es handelt sich um folgendes. Durch den berechtigten Zorn des Volkes gegenüber den Juden sind eine Anzahl von Schäden im ganzen Reich angerichtet worden. Fenster sind eingeschmissen worden, Sachen und Menschen zu Schaden gekommen, Synagogen ausgebrannt usw. Ich nehme an, daß ein Teil der Juden - wahrscheinlich das Gros - auch versichert ist gegen Tumultschäden usw.

*(Hilgard: Ja)*

Es würde also jetzt dabei folgendes herauspringen: daß das Volk in einer berechtigten Abwehr dem Juden hat einen Schaden zufügen wollen und daß dann tatsächlich der Schaden von der deutschen Versicherungsgesellschaft gedeckt wird. Hier wäre nun die Sache verhältnismäßig einfach, indem ich eine Verordnung mache, daß diese Schäden, die aus dieser Aufwallung gekommen sind, nicht von der Versicherung zu decken sind.

**Eduard Hilgard** }  
Vorstandsmitglied der  
Allianz-Versicherung

Aber die Frage, die mich brennend interessiert, weshalb ich Sie hierher gebeten habe, ist folgende: Für den Fall, daß hier irgendwie auf dem Gebiet der Tumultschädenversicherung Rückversicherungen im Auslande liegen, möchte ich selbstverständlich nicht auf diese Rückversicherung verzichten, sondern heranziehen und darum mit Ihnen den Weg besprechen, wieweit diese Rückversicherung, die womöglich noch Devisen bringt, nicht zum Juden kommt, sondern zur deutschen Volkswirtschaft.

Ich hätte gern einmal von Ihnen gehört: Sind nach Ihrer Auffassung die Juden in großem Ausmaß gegen diese Schäden versichert?

**Hilgard:** Ich darf gleich antworten. Die Sache liegt so, daß wir es mit drei Arten von Versicherungen zu tun haben, und zwar nicht mit der Aufruhrversicherung und der Tumultschädenversicherung, sondern mit der regulären Feuerversicherung, mit der regulären Glasversicherung und mit der regulären einfachen Diebstahlversicherung.

Die Versicherten, also diejenigen, die hier einen Anspruch auf Grund dieser Verträge haben, sind teils Juden, teils Arier. Bei der Feuerversicherung, die hier den größten Teil ausmacht, sind es wohl durchgängig Juden. Bei den Warenhäusern ist der Geschädigte mit dem Juden, mit dem Eigentümer also, mehrheitlich identisch, bei der Synagoge natürlich erst recht, abgesehen von den Nachbarschäden, die dadurch entstanden sind, daß das Feuer übergegriffen hat. Aber nach meinen Feststellungen, die ich noch in der letzten Nacht getroffen habe, sind diese Schäden verhältnismäßig gering.

Vollkommen anders liegen die Verhältnisse bei der Glasversicherung, die eine sehr große Rolle spielt. Hier ist der weitaus größere Teil der Geschädigten arisch. Das ist nämlich der Hausbesitz, der überwiegend in arischen Händen liegt, während der Jude in der Regel nur der Mieter des Ladens ist, - ein Vorgang, den Sie auf der ganzen Linie, z.B. am Kurfürstendamm, feststellen können.

**Goebbels:** Da muß der Jude den Schaden bezahlen.

**Göring:** Das hat ja alles keinen Sinn. Wir haben keine Rohstoffe. Es ist alles ausländisches Glas; das kostet Devisen! Man könnte die Wände hochgehen!

**Hilgard:** Ich darf vielleicht folgendes feststellen. Das Ladenfensterglas wird nicht in der böhmischen Glasindustrie fabriziert, sondern es ist ausschließlich in den Händen der belgischen Glasindustrie. Der Umfang dieser Schäden ist nach meinen Schätzungen ungefähr folgender: Wir haben etwa mit Glasschäden für 6 Millionen zu rechnen, d.h. für das Glas, das wir auf Grund der Versicherungsbedingungen den in der Hauptsache arischen Geschädigten als Ersatz liefern müssen, müssen wir etwa 6 Millionen aufwenden - meiner Schätzung nach. Ich muß hier aber alle Vorbehalte machen, Herr Generalfeldmarschall; denn ich habe für die Feststellungen nur einen Tag Zeit gehabt.

Wenn man rechnet - das kann ich nicht genau sagen, da wird die Industrie besser Auskunft geben können, daß etwa die Hälfte dieser 6 Millionen im Handel usw. hängen bleibt, so möchte ich immer noch ungefähr damit rechnen, daß wir für etwa 3 Millionen belgisches Glas einführen müssen. Nebenbei bemerkt, werden die Schäden die Hälfte einer Jahresproduktion der gesamten belgischen Glasindustrie sein. Wir sind der Auffassung, daß man von der Fabrikationsseite aus ein halbes Jahr braucht, um das Glas zu liefern, das zum Ersatz dieser Schäden notwendig ist.

**Göring:** Hier muß eine Volksaufklärung stattfinden.

**Goebbels:** Das kann jetzt nicht im Augenblick gemacht werden.

**Göring:** So kann das nicht weitergehen. Das halten wir gar nicht aus. Unmöglich!

Nun weiter! Nach Ihrer Auffassung trifft der Schaden den Arier, nicht wahr?

**Hilgard:** Jawohl, zumindest bei der Glasversicherung. Es kommt aber auch vor, daß der geschädigt Ladeninhaber mit dem Hauseigentümer identisch ist, was zunächst bei allen Kaufleuten der Fall ist. Im Kaufhaus Israel ist selbstverständlich der Glasgeschädigte auch der Jude.

**Göring:** Nun kommt die dritte Kategorie.

**Hilgard:** Das sind die einfachen Diebstahlgeschädigten.

**Göring:** Da muß ich eine Frage stellen. Wenn Waren jeder Art aus den Geschäften herausgenommen wurden und draußen auf der Straße verbrannt worden sind, fällt das auch darunter?

**Hilgard:** Ich glaube nicht.

**Göring:** Fällt das unter Aufruhr?

**Hilgard:** Das ist gerade die Frage, die wir im Augenblick noch nicht zu beantworten in der Lage sind: liegt ein einfacher Diebstahl dann vor, wenn nach der gewaltsamen Erbrechung eines Wohnungseingangs oder von Behältnissen eine Sache entwendet wird?

**Göring:** Es liegt Aufruhr vor.

**Hilgard:** Der Aufruhr spielt bei dieser Sache gar keine Rolle, weil wir kaum mehr nennenswerte Aufruhrversicherungen haben. Die sind längst von uns abgebaut und abgewickelt.

**Göring:** Das hier ist doch Aufruhr. Das ist der juristische Begriff. Es ist nicht gestohlen, nicht eingebrochen worden, sondern ganz öffentlich wälzt sich die Masse herein und zertrümmert die Sachen. Oder Tumult.

**Hilgard:** Ja, eher Tumultschäden. Es ist kein Aufruhr.

**Göring:** Sind die Juden gegen Tumultschäden versichert?

**Kurt Daluege** }  
Chef des Hauptamtes  
Ordnungspolizei

**Hilgard:** Nein, nicht mehr. - Ich darf das vielleicht an einem praktischen Beispiel klarmachen. Der größte Fall, den wir auf diesem Gebiet haben, ist der Fall Margraf unter den Linden. Das Juweliergeschäft von Margraf ist bei uns mit einer sogenannten kombinierten Police versichert. Da ist eigentlich jeder Schaden gedeckt, der passieren kann. Dieser Schaden ist bei uns in Höhe von 1,7 Millionen angemeldet, weil der Laden vollkommen ausgeplündert worden ist.

**Göring:** Daluege und Heydrich, ihr müßt mir diese Juwelen wieder herschaffen durch Riesenrazzien!

**Daluege:** Das ist schon angeordnet. Die Leute werden dauernd kontrolliert. Nach den Meldungen von gestern Nachmittag sind bisher allein 150 verhaftet.

**Göring:** Die Sachen werden sonst verschoben. Wenn einer mit Juwelen in ein Geschäft kommt und sagt, er hätte sie gekauft, müssen sie ihm rücksichtslos weggenommen werden ohne große Geschichten. Irgendwo hat er sie gestohlen oder gehandelt.

**Heydrich:** Im Übrigen ist in rund 800 Fällen im Reich geplündert worden, aber wir haben die Plünderer schon in einer Zahl von mehreren Hundert festgenommen und sind auch dabei, das geplünderte Gut herbeizuschaffen.

**Göring:** Und die Juwelen?

**Heydrich:** Das ist sehr schwer zu sagen. Sie sind z.T. auf die Strasse herausgeschmissen worden und dort aufgegriffen worden. Ähnliches hat sich bei Pelzläden abgespielt, z.B. in der Friedrichstraße im Revier C. Da hat sich natürlich die Menge draufgeworfen, hat Nerze usw. mitgenommen. Das ist sehr schwer wiederzukriegen. Z.T. haben auch Kinder lediglich aus Spielerei sich die Taschen vollgesteckt. Man müßte anregen, daß die HJ an solchen Dingen beteiligt wird.

**Daluege:** Es wäre vor allen Dingen notwendig, von der Partei aus einen Befehl herauszugeben, daß sofort an die Polizei Meldung erstattet wird, wenn etwa die Nachbarsfrau - man kennt ja den Nachbarn ganz genau - einen Pelz umarbeiten läßt oder die Leute mit neuen Ringen oder Armbändern ankommen, daß uns die Partei da unterstützt.

**Hilgard:** Diese Schäden fallen wohl nicht unter die Police, aber ich muß das unter Vorbehalt sagen. Darf ich überhaupt einmal ein Wort über unsere Haftpflicht sagen und ein Petitum der Versicherungswirtschaft anmelden? - Wir legen großen Wert darauf, Herr Generalfeldmarschall, daß wir an der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen nicht gehindert werden.

**Göring:** Das muß ich aber. Ich lege Wert darauf.

**Hilgard:** Wenn ich das begründen darf: es hängt einfach damit zusammen, daß wir in starkem Maße auch internationale Geschäfte treiben. Wir haben für unsere Geschäfte eine sehr gute internationale Basis, und wir müssen gerade im Interesse der deutschen Devisenbilanz Wert darauf legen, daß das Vertrauen zu der deutschen Versicherung nicht gestört wird. Wenn wir es heute ablehnten, klare, uns gesetzlich obliegende vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen, so wäre das ein schwarzer Fleck auf dem Ehrenschild der deutschen Versicherung.

**Göring:** Aber nicht mehr in dem Augenblick, wo ich durch eine staatliche Verordnung, durch ein Gesetz eingreife.

**Hilgard:** Darauf wollte ich nämlich kommen.

**Heydrich:** Man mag ruhig die Versicherung ausschütten, aber nachher bei der Auszahlung wird sie beschlagnahmt. Dann ist formell das Gesicht gewahrt.

**Hilgard:** Das, was Obergruppenführer Heydrich eben gesagt hat, möchte ich eigentlich auch für den richtigen Weg halten, sich zunächst einmal des Apparates der Versicherungswirtschaft zu bedienen, die Schäden festzustellen, zu regulieren und auch auszuzahlen, dann aber der Versicherungswirtschaft die Möglichkeit zu geben, nicht die Geschädigten dadurch zu begünstigen.

**Göring:** Einen Moment! Auszahlen müssen Sie sowieso, weil Deutsche geschädigt sind. Sie bekommen aber ein gesetzliches Verbot, die Auszahlungen unmittelbar an die Juden vorzunehmen. Die Schäden, die Sie an die Juden auszuzahlen hätten, müssen Sie auch auszahlen, aber nicht an den Juden, sondern an den Finanzminister. Was der damit macht, ist seine Sache.

**Schmeer:** Herr Feldmarschall, ich hätte den Vorschlag zu machen, daß man von dem angemeldeten Vermögen - es soll ja eine Milliarde eingezogen werden - einen bestimmten Prozentsatz festlegt, meinerwegen 15 %, und diesen Prozentsatz noch etwas erhöht, so daß alle Juden gleichmäßig zahlen und von diesem Betrag den Versicherungen das Geld zurückerstatten.

**Göring:** Nein. Ich denke gar nicht daran, den Versicherungen das Geld zurückzuerstatten. Die Versicherungen sind ja haftbar. Nein, das Geld gehört dem Staat. Das ist ganz klar. Das wäre ja ein Geschenk für die Versicherungen. Sie haben ja hier ein großartiges Petitum abgegeben. Sie werden erfüllen. Verlassen Sie sich darauf!

**Kehrl:** In einer Hinsicht muß man doch die Sache etwas anders machen. Bei der Glasversicherung liegt es tatsächlich so, daß hier den Hausbesitzern auf alle Fälle der Schaden ausgezahlt werden muß. Die Glasversicherungen müssen also den Schaden regulieren, wie es auch festgesetzt worden ist. Nun ist es aber so, daß die Mehrzahl dieser Gesellschaften - außer einer einzigen Aktiengesellschaft in Köln - alles ganz kleine Gegenseitigkeitsvereine sind. Die werden sicherlich gar nicht in der Lage sein, das zu tragen. Da muß noch festgestellt werden, wieweit sie durch Rückversicherung gedeckt sind. Das kann ich im Moment auch nicht sagen.

{ **Rudolf Schmeer**  
*Im Reichswirtschafts-  
ministerium zuständig  
für „Judenfragen“*

{ **Hans Kehrl**  
*Generalreferent für  
Sonderaufgaben im  
Reichswirtschafts-  
ministerium*

**Hilgard:** Die Rückversicherung spielt in diesem Zusammenhang eine verhältnismäßig geringe Rolle, abgesehen von den großen Warenhausversicherungen gegen Feuer. In der Glasversicherung gibt es überhaupt keine Rückversicherung, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Glasversicherung normalerweise zu unseren besten Versicherungszweigen gehört und sie infolgedessen normalerweise ein Rückversicherungsbedürfnis nicht hat. Ich muß aber hier hinzufügen, daß dieser Schaden, der jetzt entstanden ist, ungefähr die doppelte Höhe eines normalen Jahresschadens beträgt, also alle Kalkulierungen für uns, für die Tantiemen vollkommen über den Haufen wirft.

*(Kopfschütteln bei Kehrl)*

**Hilgard:** Nein, Herr Generaldirektor, es ist so. Die Gesamtprämie der deutschen Glasversicherung beläuft sich, wenn ich recht unterrichtet bin, auf ungefähr 14 Millionen. Der normale Verlauf lag bei ungefähr 4 bis 5 Millionen. Die Glasversicherung ist unsere beste Branche. Da ist an sich bisher am besten verdient worden. Aber nunmehr ist der Schadensbetrag in der Gesamtheit das Doppelte eines normalen Jahresbetrages. Ganz anders liegt es bei einzelnen Spezialglasversicherungen.

**Göring:** Einen Moment! 4 bis 5 Millionen normal. Das Doppelte wären ungefähr 10 Millionen. 14 Millionen nehmen Sie an. Da bleiben immer noch 4 Millionen übrig.

**Hilgard:** Die Kosten müssen wir auch bezahlen. Nein, für uns ist es eine sehr große Katastrophe. Ich darf vielleicht ausführen, daß nach meinen Schätzungen der Gesamtschaden in ganz Deutschland sich auf ungefähr 25 Millionen Mark belaufen wird.

**Heydrich:** Sachschaden, Inventar- und Warenschaden schätzen wir auf mehrere hundert Millionen, allerdings einschließlich des Schadens, den das Reich durch Steuerausfall erleiden wird. Umsatz-, Vermögen- und Einkommensteuer. Das wird der Herr Finanzminister sicher auch erfahren haben.

Lutz Graf Schwerin  
von Krosigk }  
Reichsfinanzminister

**v. Krosigk:** Ich habe keinerlei Einblick in den Umfang.

**Heydrich:** 7.500 zerstörte Geschäfte im Reich.

**Daluege:** Eine Frage muss noch besprochen werden. Die Waren, die sich in den Läden befanden, sind nicht Eigentum des Besitzers gewesen, sondern laufen größtenteils auf Rechnung von anderen Firmen, die diese Waren geliefert haben. Jetzt kommen die unberechneten Lieferungen von Firmen, die bestimmt nicht alle jüdisch, sondern arisch sind, die Waren, die auf Kommission gegeben waren.

**Hilgard:** Die müssen auch bezahlt werden.

**Göring:** Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.

**Heydrich:** 35 Tote sind es.

**Kehrl:** Ich glaube, man könnte es so machen: Soweit es Juden sind, wird sowieso nicht gezahlt. Soweit es Arier sind, muß gezahlt werden, und dann mag die Versicherungsgesellschaft über die Reichsgruppe mit uns in Verbindung treten, und wir prüfen die Fälle. Ich denke an die kleinen Gegenseitigkeitsvereine, von denen man unschwer feststellen kann, daß sie das nicht tragen können. Da ist auch die Summe nicht so groß. Da können wir später eine Regelung finden, ich glaube insoweit, als die Versicherungswirtschaft die Schadensregelung vornimmt, ausschließlich an Arier, im übrigen dann, wenn das Ergebnis feststeht, mit uns in Verhandlungen tritt. Dann werden wir schon einen Weg finden bei den kleinen Versicherungsgesellschaften. Aber nur da, wo es unbedingt notwendig ist.

**Funk:** Der Weg ist nicht notwendig. Ich möchte auf das zurückkommen, was ich vorhin zu dem Erlaß gesagt habe. Das war die einfachste Lösung.

**Göring:** Das können wir doch nicht. Die legen doch den großen Wert darauf, daß sie zahlen können.

**Funk:** Wenn die Juden das bezahlen, brauchen es die Versicherungsgesellschaften nicht zu bezahlen.

**Göring:** Eben. Also, meine Herren, es ist ganz sonnenklar. Das halten wir fest. In diesem Augenblick denkt keine Versicherungsgesellschaft - Herr Hilgard ausgenommen, der hier ist - etwas anderes, als daß sie für den Schaden zahlen muß. Sie wollen auch, und ich habe volles Verständnis dafür. Sie müssen das, damit ihnen nicht vorgeworfen wird, sie wären nicht stark genug, den Schaden zu tragen. Die Glasversicherung - das ist ebenfalls betont worden - war bisher das beste Geschäft. Sie hat also, wenn sie ein gutes Geschäft gemacht hat, genügend Überschüsse, und wenn sie sie nicht in lauter Dividenden verteilt hat, dann hat sie Rücklagen gemacht, um einen größeren Schaden ausgleichen zu können. Einen Schaden von 10, 12, 15 Millionen, das Dreifache eines normalen Jahresbetrages, muß eine solche Versicherungsgesellschaft decken können. Kann sie das nicht, dann muß man sich die Frage überlegen, ob man solche kleinen Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit am Leben läßt. Es wäre ja ein Wahnsinn, Versicherungsgesellschaften zu besitzen, die solchen Schaden nicht mehr zu übernehmen in der Lage sind. Eine solche Versicherungsgesellschaft wäre absolut ein Betrug am Volk.

Ich bin jetzt folgender Auffassung. Die Schäden sind festzustellen. Die Versicherungsgesellschaften haben zunächst in vollem Umfang ihrer juristischen Haftung dafür einzutreten und zu zahlen.

Aber jetzt kommen die Schäden, zunächst die Schäden, die der Jude gehabt hat, z.B., daß bei Margraf die Juwelen verschwunden sind usw. Die sind weg und werden ihm nicht ersetzt. Den Schaden hat er. Soweit die Juwelen von der Polizei wieder eingebracht werden, verbleiben sie dem Staat.

Nun kommen die anderen Dinge, die Waren, die auf die Straße geschmissen worden sind, geklaut worden sind, verbrannt sind. Den Schaden hat der Jude und bei den Kommissionsgeschichten muß der Jude den Schaden ersetzen.

**Goebbels:** Das braucht aber nicht in die Verordnung hinein.

**Hilgard:** Ich denke gerade darüber nach, inwieweit die ausländischen Versicherungsgesellschaften betroffen werden.

**Göring:** Die müssen ja zahlen. Wir beschlagnahmen das.

**Hilgard:** Gerade bei diesen Kommissionswaren kann ich mir vorstellen, daß der amerikanische Lieferant, wenn er Pelze aus England oder Amerika hierher liefert und in Kommission gibt, sie vielfach bei einer englischen oder amerikanischen Versicherungsgesellschaft versichert.

**Göring:** Dann zahlen die ihm den Schaden aus. Die Frage ist nur die: Glauben Sie, daß hierfür Rückversicherungen im Ausland bestehen?

**Hilgard:** Ganz wenig, geringfügig.

**Goebbels:** Da kriegt es sowieso der Staat.

**Göring:** Ganz klar. Der Arier kann keinen Schaden anmelden, weil er keinen hat. Der Jude muß den Schaden anmelden. Er kriegt die Versicherung, aber die wird beschlagnahmt. Es bleibt also im Endeffekt immerhin doch noch insofern ein Verdienst für die Versicherungsgesellschaften, als sie einige Schäden nicht auszuzahlen brauchen. - Herr Hilgard, Sie können schmunzeln!

**Hilgard:** Ich habe gar keinen Grund, wenn das ein Verdienst genannt wird, daß wir einen Schaden nicht zu zahlen brauchen.

**Göring:** Erlauben Sie einmal! Wenn Sie juristisch verpflichtet sind, 5 Millionen zu zahlen und auf einmal kommt Ihnen hier ein Engel in meiner etwas korpulenten Form und sagt Ihnen: 1 Million können Sie behalten, zum Donnerwetter noch einmal, ist das kein Verdienst?

**Hilgard:** Es ist für mich nunmal eine Selbstverständlichkeit, daß der ehrbare deutsche Kaufmann nicht der Leidtragende sein darf. Aber der Schaden bleibt rettungslos auch an den Ariern hängen, weil die Versicherungsgemeinschaft dadurch getroffen wird, indem sie erhöhte Prämien zahlen muß und verminderte Dividenden bekommt. Infolgedessen ist sie der endgültig Geschädigte. Das ist so und bleibt so. Das wird mir niemand abstreiten.

**Göring:** Dann sorgen Sie gefälligst dafür, daß nicht so viele Fensterscheiben eingeschmissen werden! Sie sind auch ein Teil des Volkes. Schicken Sie Ihre Vertreter hinaus. Die sollen die Leute aufklären! –

*(Hilgard verläßt die Sitzung.)*

**Göring:** Meine Herren, wir fahren fort.

**Heydrich:** Darf ich noch etwas Grundsätzliches sagen. Wir brauchen die Beschlagnahme nicht in die Verordnung hineinzunehmen, sondern das würde ich stillschweigend machen.

**Göring:** Nein, das können Sie nicht stillschweigend machen, sondern das muß klares Recht sein.

**Woermann:** Darf ich generell sagen: Der Vorbehalt für die ausländischen Juden, daß nämlich die Vertragslage berücksichtigt werden muß, gilt natürlich für alle Sparten, die heute durchgesprochen wurden, a fortiori für die Enteignung.

**Gürtner:** Wenn ich Herrn Woermann recht verstehe, nimmt er daran Anstoß, daß die Wiederherstellungspflicht allgemein ausgeführt wird, daß aber bei der Versicherungsfrage nur die Juden deutscher Staatsangehörigkeit genannt werden. Nun bitte ich zu prüfen, ob es irgendwie zu beanstanden ist, wenn auch dem ausländischen Juden die Pflicht auferlegt wird, das wiederherzustellen, und ihm gleichzeitig gesagt wird: deine Versicherungssumme bekommst du nicht?

{ **Franz Gürtner**  
Reichsjustizminister

**Göring:** Wir müssen hier, wie der Führer sagt: einen Weg finden, daß wir die Frage erst mit den Staaten zusammen besprechen, die auch gegen die Juden etwas unternehmen. Das muß aufhören, daß jeder dreckige polnische Jude hier eine Rechtsstellung hat und wir ihn ertragen müssen. Der Führer war gar nicht glücklich über die Abmachung, die mit Polen getroffen worden ist, und ist auch der Meinung, man sollte es tatsächlich auf verschiedenes ankommen lassen, man sollte den Polen sagen: Bitteschön, das tun wir nicht, sprecht euch mit uns aus, wie wir gemeinsam vorgehen; ihr geht ja auch gegen eure Juden in Polen vor; aber sobald der Itzig draußen ist, soll er plötzlich wie ein Pole behandelt werden. Ich möchte diese ausländischen Geschichten ein bißchen zurückdrängen.

**Woermann:** Es muß abgewogen werden, ob nicht die Vereinigten Staaten Maßnahmen gegen das deutsche Eigentum ergreifen. Man kann die Frage natürlich nicht für alle Länder gleich behandeln. Ich muß hier einen formellen allgemeinen Vorbehalt anmelden.

**Göring:** Ich habe immer gesagt und möchte das bei dieser Gelegenheit noch einmal aussprechen: Besonders den Vereinigten Staaten gegenüber sollten unsere Schiffahrtsgesellschaften und überhaupt die deutschen Gesellschaften endlich so klug sein, ihre Investitionen abzurufen, sie zu verkaufen usw.. Dieser Lumpenstaat geht uns gegenüber überhaupt mit keiner Gesetzlichkeit vor. Er hat uns schon einmal alles gestohlen, und deshalb verstehe ich nicht, wie man das nur wieder machen konnte, weil man vorübergehend ein größeres Verdienst dabei hat. Das ist ein Risiko. Das kann man bei ordentlichen Staaten, aber doch nicht bei einem Staat, wo die Rechtsseite so stumpf ist wie bei den Vereinigten Staaten. Als ich neulich den Botschafter bei mir hatte und wir über den Zeppelin sprachen, sagte ich ihm: „Wir brauchen kein Helium, ich fahre ohne Helium, aber die Voraussetzung ist, daß dieses Schiff nach zivilisierten Staaten fährt, wo Rechtsgrundsätze herrschen. Nach solchen Räuberstaaten kann man selbstverständlich nicht fahren.“ Da hat er dumm geguckt. Das muß man einmal den Amerikanern klarmachen. Aber immerhin haben Sie recht, Herr Woermann. Das muß man berücksichtigen.

**Woermann:** Also die Zusage der generellen Beteiligung des Auswärtigen Amtes ist damit gegeben?

**Hans Fischböck** }  
Landesminister für  
Handel und Verkehr  
in Österreich

**Göring:** Damit bin ich einverstanden. Aber ich möchte bitten, daß wir die Erwähnung der ausländischen Juden hier vermeiden, wo wir sie vermeiden können. Dann lieber dadurch, daß das Auswärtige Amt in den Fällen beteiligt wird, wo die Sache wirksam wird, damit ein Ausgleich geschaffen wird.

**Funk:** Die entscheidende Frage ist doch: sollen die jüdischen Geschäfte wieder aufgemacht werden müssen oder nicht?

**Göring:** Das hängt davon ab, wieweit diese jüdischen Geschäfte einen verhältnismäßig großen Verkehrsumsatz haben. Wenn das der Fall ist, ist das ein Zeichen dafür, daß das deutsche Volk, obwohl es ein jüdisches Geschäft ist, einfach gezwungen ist, dort zu kaufen, weil ein Bedürfnis vorliegt. Wenn wir die gesamten jüdischen Geschäfte, die jetzt zu sind, noch vor Weihnachten schließen wollten, kämen wir in die Bredouille.

**Fischböck:** Wir haben darüber in Oesterreich schon einen genauen Plan, Herr Generalfeldmarschall. In Wien gibt es 12.000 jüdische Handwerksbetriebe und 5.000 jüdische Einzelhandelsgeschäfte. Für diese zusammen 17.000 offenen Läden lag die endgültige Planung für alle Gewerbetreibenden schon vor dem Umbruch vor. Von den 12.000 Handwerksbetrieben sollten nahezu 10.000 endgültig gesperrt und 2.000 aufrechterhalten werden. Von den 5.000 Einzelhandelsgeschäften sollten 1.000 aufrechterhalten d.h. arisiert und 4.000 geschlossen werden. Nach diesem Plan würden also 3.000 bis 3.500 von den im ganzen 17.000 Geschäften offen bleiben, alle übrigen geschlossen werden. Das ist auf Grund von Untersuchungen für jede einzelne Branche nach den örtlichen Bedürfnissen abgestimmt, mit allen zuständigen Stellen erledigt und kann morgen hinausgehen, sobald wir das Gesetz bekommen, das wir im September erbeten haben, das uns ermächtigen soll, ganz allgemein ohne Zusammenhang mit der Judenfrage Gewerbeberechtigungen zu entziehen. Das wäre ein ganz kurzes Gesetz.

**Göring:** Die Verordnung werde ich heute machen.

**Fischböck:** Sie war uns für Österreich im Rahmen unserer gesamten Wirtschaftsplanung zugestanden. Sie ist, glaube ich, nur wegen Verhandlungen zwischen Reichswirtschaftsministerium und Nährstand noch nicht erledigt gewesen. Grundsätzlich war man sich darüber einig. Sobald wir die haben, können wir diese 10.000 Geschäfte auch offiziell schließen. Das ist eine reine Schreibearbeit. Zur Durchführung ist dann noch erforderlich, daß sich irgendjemand darum kümmert, was mit den Waren geschieht, die in diesen Geschäften sind.

Bis vorige Woche haben wir die Absicht gehabt, die Liquidierung der Warenlager mehr oder weniger den Juden selbst zu überlassen. Jetzt wird das nicht mehr möglich sein. Wir haben also die Absicht, für alle diese Geschäfte zusammen eine wirtschaftliche Verwertungsstelle zu schaffen, die sich darum kümmert, daß diese Waren verwertet werden, und zwar wird das im allgemeinen am besten in der Form geschehen, daß man sie der betreffenden Branche übergibt, die sie dann wieder auf die arischen Geschäfte aufteilt, die sie entweder kommissionsweise weiterverkaufen oder fix abnehmen.

Es handelt sich jetzt, wenn es in der Form durchgeführt wird, nur um die etwa 3.000 restlichen Geschäfte, die nach der Branchenplanung zur Arisierung bestimmt sind. Für etwa die Hälfte dieser Geschäfte sind konkrete Käufer da, deren Kaufverträge so weit geprüft sind, daß sie sofort genehmigt werden können. Die Genehmigung ist nur deshalb in vielen Fällen bisher nicht ausgesprochen worden, weil man den endgültigen Beschluß über die Frage der Planung abwarten wollte. Für die restlichen ca. 15.000 Geschäfte sind die Verhandlungen in sehr vielen Fällen auch schon sehr weit vorgeschritten. Wir sind der Ansicht, man sollte so vorgehen, daß man sich selbst noch einen Endtermin setzt, der etwa bis Ende des Jahres sein kann. Wenn bis Ende des Jahres für solche Verkaufsgeschäfte, die planmäßig zur Arisierung bestimmt sind, ein endgültiger Käufer nicht gefunden wird, dann wird man noch einmal prüfen, ob man sie nicht doch liquidieren soll. Das wird meist möglich sein; denn Handwerkerbetriebe sind höchstpersönliche Angelegenheiten. Bei Einzelhandelsgeschäften wäre die Sache niemals so dringend, daß man sagen könnte, der wirtschaftliche Schaden wäre zu groß. Die ganz wenigen Geschäfte, die dann noch übrigbleiben, von denen man feststellen würde, daß sie an sich notwendig sind, daß aber kein Käufer da ist, würden von der Treuhandstelle übernommen werden. Ich glaube aber nicht, daß das 100 Geschäfte sein werden, wahrscheinlich weniger. Auf diese Weise könnten wir bis Ende des Jahres die gesamte nach außen sichtbare jüdische Geschäftswelt beseitigt haben.

**Göring:** Das wäre hervorragend!

**Fischböck:** Dann wären von 17.000 Geschäften 12.000 oder 14.000 geschlossen und der Rest arisiert oder an die Treuhandstelle übertragen, die dem Staat gehört.

**Göring:** Ich muß sagen: der Vorschlag ist wunderbar. Dann würde in Wien, einer der Hauptjudenstädte sozusagen, bis Weihnachten oder Ende des Jahres diese ganze Geschichte wirklich ausgeräumt sein.

**Funk:** Das können wir auch hier machen. Ich habe für diesen Fall eine Verordnung vorbereitet, die besagt, daß Juden vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen und Versandgeschäften sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt ist. Ferner ist es ihnen verboten, dafür Angestellte einzustellen oder Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen. Wo ein jüdisches Gewerbe geführt wird, ist es polizeilich zu schließen. Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 sein. Ist ein Jude an leitender Stellung eines Wirtschaftsunternehmens tätig, ohne Betriebsführer zu sein, so kann das Anstellungsverhältnis durch den Betriebsführer mit einer Frist von 6 Wochen gekündigt werden. Nach Ablauf der Kündigungsfrist sind alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrag einschließlich etwaiger Versorgungsansprüche erloschen. Das ist immer sehr unangenehm und eine große Gefahr. Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein. Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden bis 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Genehmigung ist nicht erforderlich. Die zuständigen Reichsminister werden ermächtigt, die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

**Göring:** Ich glaube, daß wir diese Verordnung unterschreiben können,

*(Zurufe: Jawohl!)*

daß dann allerdings nach dem 1. Januar noch gewisse Dinge zu bereinigen bleiben werden, die wir dann auch mit Hilfe der allgemeinen Methoden bereinigen können, die wir für alles andere jüdische Vermögen unbedingt weiterführen müssen, daß wir aber in bezug auf die Ladengeschäfte so rigoros vorgehen können, wobei wir der Meinung sind, daß sich bis zu Weihnachten genügend Käufer finden werden, um die Geschäfte, die jetzt völlig unter Druck stehen, zu erwerben, daß die Waren auch sichergestellt werden in ähnlicher Form, wie Sie das vorgeschlagen haben. Mir scheint das einfach hervorragend vorbereitet zu sein.

**Funk:** In jedem einzelnen Geschäft ist alles da.

**Schmeer:** Es ist alles vorhanden, nur daß wir über diese Treuhandgeschichte keine Kontrolle mehr haben. Ich persönlich bin der Auffassung, daß wir das nicht nötig haben, sondern wir sind bisher mit der Arisierung ganz gut hingekommen. Für die wenigen Geschäfte, an denen wir Interesse haben, daß sie weitergeführt werden, finden wir ohne weiteres Käufer. Die übrigen Räume werden ohne weiteres vermietet. Dafür ist gerade in Berlin großer Bedarf.

**Göring:** Aber lieber Freund, da kriegt der Jude den vollen Betrag!

**Schmeer:** Er bekommt den Betrag, der weit unter dem Wert liegt, und die Arisierung muß wie bisher genehmigt werden.

**Göring:** Der Jude bekommt den Betrag und kommt nicht ins Schuldbuch hinein.

**Schmeer:** Nein. Das können wir später laufen lassen. Er kann das Geld auch nicht fressen. Die Summe liegt ja fest, und der Jude ist laut Verordnung verpflichtet, jede Aenderung in seinem Vermögensbestand anzumelden, so daß das laufend registriert wird. Das läuft uns nicht davon, sondern das haben wir im Reich. Sie brauchen nur eine Verordnung zu erlassen oder dem Wirtschaftsminister die Befugnis des § 7 zu übertragen, um die Beschlagnahme des jüdischen Vermögens zu ermöglichen. Weglaufen kann es uns nicht.

**Göring:** Herr Schmeer, ist nicht folgendes möglich? Hier wird einer arisiert, bekommt 300.000 Mark in die Hand. Er rennt damit um die Ecke in einen Juwelierladen herein und kauft einen Schmuck nach dem andern auf, um am gleichen Tag noch über die Grenze zu gehen?

**Schmeer:** Dann muß er diese Vermögensveränderung anmelden.

**Göring:** Wenn er aber ausrücken will!

**Fischböck:** Die Genehmigung zur Arisierung wird nicht erteilt, wenn der Kaufpreis ausgezahlt wird. Bei uns wird es so gemacht: es wird nur noch unter der Bedingung genehmigt, daß entweder der Kaufpreis in langfristigen Raten zu bezahlen ist, wenn der Käufer nicht barzahlen kann, oder, sofern Barzahlung erfolgt, daß der Betrag vorläufig auf Sperrkonto gelegt wird.

**Göring:** Das können wir auch machen.

**Schmeer:** Wir können in der Durchführungsverordnung sagen, daß die Zahlung von einer bestimmten Höhe an in Reichsanleihe oder sonst etwas zu erfolgen hat. Das wäre nur ein Erlaß an die Genehmigungsbehörden.

**Daluege:** Die Zahl der jüdischen Geschäfte ist nicht bekannt. Bis gestern sind bei uns 7.500 jüdische Geschäfte gemeldet worden, und mehr werden es nicht.

**Fischböck:** In Wien sind durch die vorgestrigen Ereignisse 5.000 geschlossen worden. Im ganzen waren es 40.000.

**Schmeer:** Die österreichische Regelung bleibt bestehen?

**Göring:** Da tritt keine Änderung ein.

**Fischböck:** Nur daß alles geschlossen werden kann.

**Heydrich:** Ich weiß, daß für die Anmeldepflicht eine sehr hohe Grenze festgelegt ist, ich glaube, 3.000.

**Fischböck:** Über 5.000.

**Göring:** Ist das auch im Reich der Fall?

**Fischböck:** Jawohl, auch im Reich. Darf ich in diesem Zusammenhang noch auf ein paar andere Fragen aufmerksam machen. Was uns außerordentlich beschäftigt, sind die jüdischen Mietzinshäuser, die von dem gesamten jüdischen Vermögen einen erheblichen Bruchteil ausmachen. Während erstaunlicherweise das jüdische Volksvermögen in Oesterreich nach der Anmeldung bloß 320 Millionen Mark ausmacht, betragen die Zinshäuser allein 500 Millionen. Wir würden großen Wert darauf legen, daß nunmehr die Bestimmung über die Anforderungsmöglichkeit von jüdischem Vermögen auch auf die Zinshäuser ausgedehnt wird, so daß wir in die Lage versetzt werden, diese Häuser in eine Treuhandgesellschaft hineinzubringen und dann dem Juden Reichsschuldbuchforderungen auszuhändigen. Das wäre auch der Anlaß, die Kontribution einzuziehen, die man bei dieser Gelegenheit vorweg in Abzug bringen könnte. Die Verwaltung dieses großen Komplexes von Zinshäusern wäre überhaupt kein Problem. Dazu braucht man nur Verwalter. Solche gibt es genug. Wir würden bitten, daß wir die Zinshäuser in dieser Weise einfordern können und außerdem die Wertpapiere. Bisher ist die Frage der Wertpapiere offen geblieben.

Bei uns ist ein sehr großer Teil des jüdischen Vermögens, und zwar 266 Millionen Reichsmark in Wertpapieren aller Art, Aktien, aber auch festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Eine Gefahr für den Markt ist meiner Ansicht nach deshalb nicht gegeben, weil die Papiere in eine Hand kommen, die vom Reichswirtschaftsministerium kontrolliert werden kann. Bezahlt wird mit Reichsschuldbuchforderungen. Infolgedessen tritt eine Belastung der Reichsfinanzen nicht ein; denn der Reichsfinanzminister zahlt für die Reichsschuldbuchforderungen bloß 3 %. Dafür bekommt er Reichsanleihe zurück. Also er erspart noch etwas. Wenn man auch die Wertpapiere nicht verkauft, könnte man sie 30 Jahre behalten, bis die Reichsschuldbuchforderungen ausgelaufen sind.

**Funk:** Warum dürfen Juden keine Wertpapiere mehr behalten?

**Göring:** Damit wäre der Jude beteiligt.

**Funk:** Das ist ganz neu.

**Göring:** Nein, ich habe vorhin ganz klar gesagt: Aktien und Anteile.

**Funk:** Aktien ja, aber Schuldverschreibungen des Reiches nicht.

**Fischböck:** Es ist doch besser, wenn man dem Juden 3 % bezahlt statt 4 ½ %. Die Möglichkeit einer Kontrolle des jüdischen Vermögens ist ganz aus in dem Augenblick, wo wir ihm die Wertpapiere lassen.

**Göring:** Meine Herren, keine Diskussion, ganz ausgeschlossen, daß er die Wertpapiere behält. Die muß er weggeben.

**Fischböck:** Dann würde ich bitten, die Sache in der Form zu regeln, daß die Papiere abgefordert werden, damit der Wertpapiermarkt dadurch nicht gestört wird. Das kann sehr einfach geschehen. Die werden eingeliefert. Bei den Wertpapieren ist auch die Verwaltung viel einfacher. Die kann die Treuhand übernehmen. Sie gibt sie ins Depot und gibt dafür Reichschuldbuchforderungen. Damit ist die Sache erledigt. Es fragt sich nur, ob man die Sache wieder anderweitig unterbringen will.

**Funk:** Da wird das Reich Besitzer von ½ Milliarde Wertpapieren.

**Göring:** Ja, ja.

**Goebbels:** Die kann es nach Bedarf abstoßen.

**Fischböck:** Es ist ja ein Gewinngeschäft.

**v. Krosigk:** Ich überlege mir erstens, ob es ein Gewinn ist. Das will ich einmal zugestehen. Aber zweitens kommt ein ganz neues Geschäft hinzu. Ich kann mir durchaus vorstellen, was Herr Minister Fischböck sagt. Hinsichtlich der sonstigen festverzinslichen Werte ist es eine ganz neue Idee, daß man auch hier den Juden, den man als Rentenbesitzer lassen wollte, nun zwangsweise enteignet.

**Fischböck:** Es ist deshalb sehr wichtig, weil die ganze Aktion keinen Erfolg hat, wenn die Juden im Besitz von Werten bleiben, die sie rasch realisieren können und mit denen sie sonst etwas anderes machen können.

**Göring:** Das ist es. Wir wollen dem Juden die Möglichkeit nehmen, gegen uns wieder irgendwie versteckt zu manipulieren.

**Fischböck:** Wenn wir z.B. nicht wollen, daß die Juden Juwelen besitzen, so würde man das dadurch verhindern können, daß sie nur Reichsanleihe behalten dürfen, also die Juwelen nur gegen Reichsanleihe erwerben könnten.

**Göring:** Ihre Schuldbuchforderungen würde ihnen keiner bezahlen.

**Fischböck:** Die sollen ja nicht übertragbar sein.

**Göring:** Nur mit Zustimmung.

**Heydrich:** Kann man nicht auf dem Umweg grundsätzlich verordnen, daß der Jude das, was er an Geld besitzt, nicht in bestimmten Werten anlegen darf, z.B. Kunstgegenständen?

**Göring:** Die Regelung mit den Schuldbucheintragungen ist viel einfacher. Die sind nicht übertragbar. Damit kann er nichts anfangen, und mit den 3 ½ % kann er nicht viel machen.

**Heydrich:** Man muß aber auch die Ablieferung der in jüdischem Besitz befindlichen Dinge regeln.

**Göring:** Was er jetzt hat. Das soll ja kommen.

**Schmeer:** Im § 7 der Verordnung ist die Vollmacht enthalten, daß der Vierjahresplan den Einsatz des jüdischen Vermögens für die deutsche Volkswirtschaft regelt.

**Göring:** Ich finde ja, dieser Vorschlag von Fischböck ist sehr gut. Den müßte man jetzt tatsächlich in eine Form bringen, zunächst die Mietzinshäuser, die Aktienanteile usw..

**Fischböck:** Ich möchte noch bitten, folgende Frage zu entscheiden. Die Juden haben bei uns 184 Millionen Reichsmark Kapitalsforderungen, und zwar gegen Private, nicht bei Instituten. Das ist gewiß auch eine Anlageform, die wir keineswegs wünschen. Das ist Geld, das sie irgendeinem anderen Juden, aber häufiger einem Arier geborgt haben. Dadurch entsteht eine Abhängigkeit des arischen Gewerbetreibenden von dem jüdischen Gläubiger, die wir ablehnen. Nun ist die Frage aufzuwerfen - die würde ich bejahen - , ob man nicht auch hier eine Treuhandstelle mit der Verwaltung der Forderungen betrauen sollte und den Juden dann nach Maßgabe des Eingangs der Forderung in Reichsschuldbuchforderungen bezahlt. Der Zweck soll sein, den Schuldner vom jüdischen Gläubiger unabhängig zu machen, eine arische Treuhandstelle dazwischenzuschalten und dem Juden seine Forderungen auszuzahlen, soweit sie wirklich einbringbar sind. Es kann sein, daß sie uneinbringlich ist; dann ist sie natürlich auch nicht zu zahlen. Also auch hier wäre erforderlich, eine Treuhandstelle dazwischenzuschalten, aber mit dem Unterschied gegenüber den anderen Werten, daß wir die Forderung nicht sofort endgültig übernehmen, sondern sie nur zum Inkasso der Treuhandstelle überlassen.

**Funk:** Wenn über diese Debatte etwas an die Öffentlichkeit dringt, haben wir morgen einen run auf den ganzen Kapitalmarkt.

**Fischböck:** Deshalb haben wir diese Ideen immer zurückgestellt. Wir haben Beispiele, daß die Juden Reichsanleihe, Aktien und alles, was sie haben, Hals über Kopf verkauft haben.

**Göring:** Das könnte ich durch eine einzige Verordnung verhindern. Die Verordnung wäre: Der ganze Kapitalverkehr der Juden wird sofort gestoppt. Wer von Juden kauft, ist strafbar, außerdem wird das, was er kauft, eingezogen. Anders könnte ich es nicht machen.

**Wilhelm Frick** }  
Reichsinnenminister,  
u.a. zuständig für  
die „Nürnberger  
Rassengesetze“

**Frick:** Das Innenministerium muß beteiligt werden.

**Göring:** Das habe ich vorhin gesagt.

Das ist jetzt die Kommission, die sich über gar nichts anderes ausläßt als diese Geschichte, die angeschnitten worden ist: wie soll man die Aktien, wie soll man die Schuldbuchverschreibungen machen? Ich möchte deshalb mit Absicht niemand hineinhaben, weil die Kommission so klein wie möglich sein soll.

**Josef Bürckel** }  
Gauleiter,  
Reichskommissar für  
die Wiedervereinigung  
Österreichs mit  
dem Reich

**Bürckel:** Wird auch der Plan der Arisierung besprochen?

**Göring:** Herr Fischböck bringt diesen Plan vor. Darum dreht sich die Geschichte. Sie haben doch hoffentlich immer zugehört, damit Sie genau wissen, was für den Sudetengau gilt!

Nun bin ich natürlich auch der Meinung, man müßte diese wirtschaftlichen Sachen untermauern mit einer Anzahl von polizeilichen Aktionen, propagandistischen Aktionen, Kulturaktionen, damit jetzt alles herauskommt und das Judentum in dieser Woche zackzack eins nach dem anderen um die Ohren bekommt.

**Heydrich:** Bei allem Herausnehmen des Juden aus dem Wirtschaftsleben bleibt das Grundproblem letzten Endes doch immer, daß der Jude aus Deutschland herauskommt. Darf ich dazu einige Vorschläge machen?

Wir haben in Wien auf Weisung des Reichskommissars eine Judenauswanderungszentrale eingerichtet, durch die wir in Oesterreich immerhin 50.000 Juden herausgebracht haben, während im Altreich in der gleichen Zeit nur 19.000 Juden herausgebracht werden konnten, und zwar ist uns das durch Zusammenarbeit mit dem zuständigen Wirtschaftsministerium und den ausländischen Hilfsorganisationen gelungen.

**Göring:** Vor allen Dingen habt ihr mit den örtlichen Führern der grünen Grenze zusammengearbeitet. Das ist die Hauptsache.

**Heydrich:** Das waren die geringsten Zahlen, Herr Generalfeldmarschall.

**Göring:** Die Geschichte hat in der ganzen Weltpresse gestanden. Die Juden wurden die erste Nacht nach der Tschechei ausgewiesen. Am nächsten Morgen haben sie die Tschechen gepackt und nach Ungarn abgeschoben. Von Ungarn ging es zurück nach Deutschland und zur Tschechei. Sie fuhren so herum und so herum. Schließlich landeten sie auf einer alten Prahm der Donau. Da hausten sie, und wo sie auch an Land gingen, wurden sie zurückgewiesen.

**Heydrich:** Das war diese Meldung. Es handelte sich um keine hundert Juden.

**Göring:** Es war doch 14 Tage lang praktisch so, daß immer um Mitternacht eine Anzahl Juden auswärts gewandert sind. Das war im Burgenland.

**Heydrich:** Durch legale Maßnahmen sind zum mindesten 45.000 Juden herausgebracht worden.

**Göring:** Wie war das möglich?

**Heydrich:** Wir haben das in der Form gemacht, daß wir den reichen Juden, die auswandern wollten, bei der jüdischen Kultusgemeinde eine gewisse Summe abgefordert haben. Mit dieser Summe und Devisenzuzahlungen konnte dann eine Anzahl der armen Juden herausgebracht werden. Das Problem war ja nicht, den reichen Juden herauszukriegen, sondern den jüdischen Mob.

**Göring:** Aber, Kinder, habt ihr euch das einmal überlegt? Es nützt doch auch nichts, daß wir vom jüdischen Mob Hunderttausende herauskriegen. Habt ihr euch überlegt, ob dieser Weg nicht letzten Endes so viele Devisen kostet, daß er auf die Dauer nicht gangbar ist?

**Heydrich:** Nur die Devisen, die jeder Jude bekommen hat.

*(Göring: Einverstanden.)*

Darf ich vorschlagen, daß wir eine ähnliche Zentrale im Reich unter Beteiligung der zuständigen Reichsbehörden einrichten und daß wir auf Grund dieser Erfahrungen unter Abstellung der mit Recht vom Herrn Generalfeldmarschall kritisierten Fehler eine Lösung für das Reich finden?

*(Göring: Einverstanden.)*

Weiter: Um die Juden herauszubekommen, müßte eine Auswanderungsaktion für das Judentum im übrigen Reich organisiert werden, die sich auf mindestens 8 bis 10 Jahre erstreckt. Wir kriegen im Jahr nicht mehr als höchstens 8- bis 10.000 Juden heraus. Es bleibt also eine Unzahl Juden drin. Durch die Arisierung und die sonstigen Beschränkungen wird natürlich das Judentum arbeitslos. Wir erleben eine Verproletarisierung des zurückbleibenden Judentums. Ich muß also in Deutschland solche Maßnahmen treffen, daß wir auf der einen Seite den Juden isolieren, damit er nicht in den normalen Lebenskreis des Deutschen eintritt. Ich muß aber auf der anderen Seite Möglichkeiten schaffen, die den Juden auf einen engsten Kundenkreis beschränken, aber eine bestimmte Tätigkeit zulassen, als Rechtsanwalt, Arzt, Friseur usw.. Diese Frage müßte auch geprüft werden.

Für die Isolierung möchte ich rein polizeilich einige Vorschläge kurz unterbreiten, die auch wegen ihres psychologischen Einflusses auf die öffentliche Meinung von Wert sind. Z.B. die persönliche Kennzeichnung des Juden, indem man sagt: Jeder Jude im Sinne der Nürnberger Gesetze muß ein bestimmtes Abzeichen tragen. Das ist eine Möglichkeit, die viele andere Dinge erleichtert.

**Göring:** Eine Uniform!

**Heydrich:** Ein Abzeichen. Dadurch könnte man auch die Schäden abstellen, die dadurch entstehen, daß die ausländischen Juden, die sich in ihrem Äußeren nicht von inländischen Juden unterscheiden, in Mitleidenschaft gezogen werden.

**Göring:** Aber lieber Heydrich, Sie werden nicht darum herumkommen, in ganz großem Maßstab in den Städten zu Ghettos zu kommen. Die müssen geschaffen werden.

**Heydrich:** Ich darf gleich zur Frage des Ghettos Stellung nehmen. Das Ghetto in der Form vollkommen abgesonderter Stadtteile, wo nur Juden sind, halte ich polizeilich nicht für durchführbar. Das Ghetto, wo der Jude sich mit dem gesamten Judentum versammelt, ist in polizeilicher Hinsicht unüberwachbar. Es bleibt der ewige Schlupfwinkel für Verbrechen und vor allen Dingen von Seuchen und ähnlichen Dingen.

Heute ist es so, daß die deutsche Bevölkerung den Juden dazu zwingt, sich zusammenzunehmen. Die Kontrolle des Juden durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung ist besser, als wenn Sie die Juden zu Tausenden und aber Tausenden in einem Stadtteil haben, wo ich durch uniformierte Beamte eine Überwachung des täglichen Lebenslaufes nicht herbeiführen kann.

**Göring:** Wir brauchten nur das Telefonieren nach auswärts zu unterbinden.

**Heydrich:** Ich könnte den Verkehr des Judentums aus diesem Stadtteil heraus doch nicht ganz unterbinden.

**Göring:** Und in wirklich eigenen Städten?

**Heydrich:** Wenn ich sie in vollkommen eigene Städte tue, jawohl. Dann bildet diese Stadt aber ein solches Zentrum für Verbrechergesindel, daß sie die größte Gefahr darstellt. Ich würde andere Wege gehen. Ich würde Sperrgebiete für das Judentum einrichten.

**Göring:** Halt! Mir kommt es weniger darauf an, daß die Juden nicht irgendwo auftauchen, wo ich sie nicht haben will, sondern mir kommt es mehr auf folgendes an. Wenn der Jude jetzt nicht mehr in der Arbeit drin ist, wird er bescheiden leben müssen. Von den 3 ½ % wird er keine großen Sprünge machen können mit Speisehäusern usw.. Er wird mehr arbeiten müssen. Das wird eine Zusammenfassung des Juden ergeben, die vielleicht doch von vornherein irgendwie die Kontrolle erleichtert. Man weiß: in diesem Hause wohnen nur Juden. Wir müssen auch die jüdischen Metzger, Friseure, Lebensmittelhändler usw. in jüdischen Straßenzügen zusammenbringen. Es ist allerdings die Frage, ob wir das noch dulden wollen. Wenn nicht, dann muß der Jude beim Arier kaufen.

**Heydrich:** Nein. Ich würde sagen, daß man es für die kleinen Dinge des täglichen Lebens ausschaltet, daß der Deutsche den Juden bedient.

**Göring:** Einen Moment: Verhungern lassen können Sie ihn nicht. Jetzt kommt aber folgende Schwierigkeit: Wenn Sie sagen, daß der Jude soundso viele Geschäfte des Einzelhandels bedienen kann, dann sind wieder welche im Geschäft drin, und die nächste Erweiterung ist: er muß sich beim Engros-Laden eindecken.

**Schmeer:** In einer Kleinstadt ist das gar nicht durchführbar.

**Göring:** Das wäre nur durchführbar, wenn Sie von vornherein ganze Stadtteile bzw. ganze Städte für den Juden reservieren. Sonst müssen Sie zulassen, daß nur Deutsche im Geschäftsverkehr bleiben und der Jude dort kaufen muß. Sie können keine jüdische Barbierstube einrichten. Der Jude muß doch Lebensmittel, muß Strümpfe kaufen können.

**Heydrich:** Es muß entschieden werden, ob man das will oder nicht.

**Göring:** Ich möchte das gleich heute entscheiden. Wir können hier nicht noch einmal eine Art Unterteilung vornehmen. Das geht nicht, daß wir sagen soundso viele Geschäfte bleiben für den Juden bestehen; denn dann hört sofort die Kontrolle wieder auf, weil diese Geschäfte wieder Engrosengeschäfte brauchen usw.. Ich möchte sagen: Alles, was Geschäft ist, soll arisches Geschäft sein, wo der Jude kaufen kann. Man kann höchstens einen Schritt weitergehen und sagen: Voraussichtlich werden die und die Geschäfte in der Hauptsache von Juden aufgesucht werden. Man könnte gewisse Barbierstuben durch Juden einrichten. Man könnte gewisse Konzessionen in der Richtung geben, einen Beruf in bestimmten Straßenzügen für bestimmte Aufgaben auszuüben. Läden aber nicht.

**Heydrich:** Wie wäre es im Ghetto? Müßte da der Jude in den arischen Teil zum Einkaufen gehen?

**Göring:** Nein. Da würde ich sagen: es gibt genug deutsche Geschäftsleute, die sich mit Wonnegrünzen in das Ghetto hereinsetzen, weil sie da ein Geschäft machen. Ich würde nicht mehr von dem Grundsatz abweichen, daß der Jude in der Wirtschaft nichts mehr zu suchen hat.

**Heydrich:** Das möchte ich nicht entscheiden..

**Göring:** Wenn wir überhaupt einmal ein Ghetto haben, könnten wir feststellen, was für Geschäfte da hereinmüssen, und dann kann man sagen: du, Jude Soundso, bekommst jetzt mit Demunddem zusammen die Konzession für die Anlieferung. Dann wird eine deutsche Engrosfirma beauftragt, für dieses jüdische Geschäft zu liefern. Dieses Geschäft ist dann nicht ein Einzelgeschäft, sondern eine Konsumwirtschaft, ein Konsumverein für die Juden.

**Heydrich:** Diese ganzen Maßnahmen werden praktisch-organisch zu einem Ghetto führen. Ich muß sagen: man soll heute nicht ein Ghetto bauen wollen. Aber durch diese Maßnahmen werden die Juden automatisch in ein Ghetto gedrängt in der Form, wie das angedeutet wurde.

**Funk:** Der Jude muß ganz eng zusammenrücken. Was sind 3 Millionen? Da muß der einzelne für den anderen einstehen. Der einzelne verhungert.

**Göring:** Jetzt kommt das, was Minister Goebbels vorhin sagte. Es kommt das Zwangsvermieten. Jetzt kommen die jüdischen Mietsparteien zusammen.

**Heydrich:** Als Maßnahme würde ich weiter vorschlagen, daß man alle persönlichen Berechtigungen wie Zulassungsscheine und Führerscheine den Juden entzieht, daß der Jude nicht Eigentümer von Kraftwagen sein darf, daß er aber auch nicht fahren darf, weil er damit deutsches Leben gefährden kann, daß man ihn weiterhin in seiner Freizügigkeit durch Aufenthaltsverbote beschränkt. Ich würde sagen: Der Königliche Platz in München, die Reichswehrestätte, darf in einem bestimmten Umkreis von Juden nicht mehr betreten werden. Dasselbe bei kulturellen Einrichtungen, Grenzzäunen, Festungswerken. Des weiteren, was Minister Dr. Goebbels vorhin sagte: Ausschließung der Juden von öffentlichen Theatern, Kinos usw..

**Rudolf Brinkmann** }  
Staatssekretär im  
Reichswirtschaftsminister-  
ium, SS-Oberführer

Zum Kurbetrieb darf ich folgendes sagen. Der Kurbetrieb in der Heilstätte ist an sich eine Zusatzangelegenheit der Körpergesundheit, die nicht unbedingt für den einzelnen Menschen notwendig ist. Viele Millionen deutscher Volksgenossen sind nicht in der Lage, ihren Gesundheitszustand durch einen Besuch eines Heilbades zu verbessern. Ich sehe nicht ein, warum der Jude überhaupt in Bäder gehen soll.

**Göring:** In Heilbäder, nein.

**Heydrich:** Dann würde ich dasselbe für die Krankenhäuser vorschlagen. Ein Jude kann nicht im Krankenhaus mit arischen Volksgenossen zusammenliegen.

**Göring:** Aber das muß allmählich gemacht werden.

**Heydrich:** Dasselbe mit den öffentlichen Verkehrsmitteln.

**Göring:** Gibt es nicht jüdische Sanatorien und jüdische Krankenhäuser? (*Zurufe: Jawohl.*) Das muß alles durchgefiedelt werden. Diese Dinge müssen hintereinanderweg herauskommen.

**Heydrich:** Ich wollte bloß grundsätzlich das Einverständnis erbitten, daß wir diese Dinge einleiten dürfen.

**Göring:** Noch eine Frage, meine Herren: Wie beurteilen Sie die Lage, wenn ich heute verkünde, daß dem Judentum als Strafe diese 1 Milliarde als Kontribution auferlegt wird?

**Bürckel:** Die Wiener werden sehr damit einverstanden sein.

**Goebbels:** Ich meine, ob die Juden die Möglichkeit haben, sich zu entziehen, etwas auf Seite zu schaffen.

**Brinkmann:** Dann machen sie sich schon strafbar.

**v. Krosigk:** Herr Fischböck, eine Frage: Kann man die Kontribution ausschreiben, ohne gleichzeitig ein Verbot der Versilberung herausgehen zu lassen? Es ist naturgemäß die Gefahr gegeben, daß sie ihre Anleihen auf den Markt schmeißen.

**Funk:** Das ist alles angemeldet. Das Geld müssen sie auch angeben.

**v. Krosigk:** Aber sie können vorläufig darüber verfügen.

**Göring:** Es nützt ihnen nichts, wenn sie das versilbern. Das Geld können sie nicht weggeben.

**Funk:** Wenn sie ihre Effekten verkaufen, haben sie den Schaden.

**Fischböck:** Die Gefahr hat schon etwas für sich. Aber ich glaube nicht, daß sie sehr groß ist. Das setzt allerdings voraus, daß man tatsächlich die anderen Maßnahmen im Laufe der nächsten Woche trifft.

**v. Krosigk:** Spätestens im Laufe der nächsten Woche müssen sie getroffen werden.

**Göring:** Das würde ich als Bedingung setzen.

**Fischböck:** Es ist vielleicht gut, wenn wir uns selbst auf die Weise unter Druck setzen.

**Göring:** Ich werde den Wortlaut wählen, daß die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit als Strafe für die ruchlosen Verbrechen usw. usw. eine Kontribution von 1 Milliarde auferlegt bekommen. Das wird hinhalten. Die Schweine werden einen zweiten Mord so schnell nicht machen. Im übrigen muß ich noch einmal feststellen: ich möchte kein Jude in Deutschland sein.

**v. Krosigk:** Deswegen möchte ich erst einmal das stark unterstreichen, was Herr Heydrich zu Anfang gesagt hat: wir müssen alles versuchen im Wege eines zusätzlichen Exportes unternehmen, um die Juden herauszubringen ins Ausland. Das muß doch immer das entscheidende sein, daß wir nicht das ganze Gesellschaftsproletariat hier behalten. Es wird immer eine Last sein, sie zu behandeln, die fürchterlich ist.

*(Frick: Und eine Gefahr.)*

Ich stelle mir den Zwang zum Ghetto auch nicht gerade als angenehme Aussicht vor. Die Aussicht, zum Ghetto kommen zu müssen, ist auch keine angenehme. Infolgedessen muß das Ziel sein, was Heydrich gesagt hat: heraus, was herausgebracht werden kann!

**Göring:** Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in aller erster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen. Darüber hinaus wird der Führer jetzt endlich einen außenpolitischen Vorstoß machen zunächst bei den Mächten, die die Judenfrage aufgeworfen haben, um dann tatsächlich zur Lösung der Madagaskar-Frage zu kommen. Das hat er mir am 9. November auseinandergesetzt. Es geht nicht mehr anders. Er will auch den anderen Staaten sagen: „Was redet ihr immer von den Juden? - Nehmt sie!“ Dann kann man noch einen Vorschlag machen: die reichen Juden können in Nordamerika, Kanada oder sonstwo ein grosses Territorium für ihre Glaubensgenossen kaufen.

Ich möchte noch einmal zusammenfassen. Der Wirtschaftsminister wird die Kommission leiten und wird alle Maßnahmen, die in dieser Richtung liegen, in wenigen Tagen in irgendeiner Form treffen.

**Blessing:** Ich habe Bedenken, daß die Juden in den nächsten Tagen ab Montag für Hunderttausende Reichsanleihe verkaufen, um sich Mittel zu beschaffen. Da wir den Kurs der Reichsanleihe halten im Hinblick darauf, daß wir weiter Reichsanleihe begeben wollen, müßte das Anleihekonsortium bzw. der Reichsfinanzminister diese Reichsanleihe aufnehmen.

**Karl Blessing**  
Mitglied des Reichs-  
bankdirektoriums

**Göring:** In welcher Form kann der Jude seine Reichsanleihe auf den Markt bringen?

*(Zuruf: Verkaufen!)*

An wen?

*(Zuruf: An der Börse. Er gibt Auftrag an eine Bank.)*

Darin sperre ich den Verkauf der Reichsanleihe für drei Tage.

**Blessing:** Das müßte durch eine Verordnung geschehen.

**Göring:** Ich sehe nur keinen Vorteil für den Juden darin. Er weiß auch nicht, wieviel er selbst zu zahlen hat. Ich glaube im Gegenteil: er wird sich zunächst nicht rühren.

**Goebbels:** Im Augenblick ist er klein und häßlich und bleibt zu Hause.

**Göring:** Ich würde keine Logik darin sehen. Sonst muß man das tun. Weshalb ich die Veröffentlichung rasch haben will: wir haben zwar momentan Ruhe, aber wer garantiert mir dafür, dass am Sonnabend / Sonntag nicht eine neue Sache kommt. Ich will ein für allemal jede Sonderaktion endgültig beseitigen. Das Reich hat die Sache in die Hand genommen. Der Jude kann nur Sachen verkaufen. Er kann ja gar nichts machen. Da muß er das Geld abliefern. Den Schaden hat er so und so. Er weiß auch nicht, in welcher Höhe er drankommt.

Der einzelne Jude wird jetzt zunächst nicht daran denken, etwas auf den Markt zu werfen, sondern jetzt wird ein Geschnattere kommen, dann wird der Sturm auf bei uns losgehen usw.. Dann werden sie sich erst mal alle die großen Arier aussuchen, von denen sie glauben, daß sie mit ihnen Glück haben, die sogenannten Reichsbriefkästen verschiedener Ordnung, wo sie ihre Beschwerden ablagern. Dann werden die auf mich losstürmen. Da vergeht schon eine ganze Menge Zeit, bis die Sache so weit ist.

**Daluege:** Kann die Kraftfahrzeugbeschlagnahme heraus?

**Göring:** Ebenfalls muss das Innenministerium mit seiner Polizei überlegen, welche Maßnahmen nun ins Auge zu fassen sind.

Dann danke ich Ihnen.

*(Schluß der Sitzung 2.40 Uhr)*



# Biografische Skizzen der Teilnehmer

Abschließend sollen die wichtigsten Daten der Teilnehmer aufgelistet werden, die am 12. November 1938 an der „Besprechung über die Judenfrage“ teilgenommen haben. Die Informationsdichte ist - je nach dem Forschungsstand - unterschiedlich.

## **Karl Blessing**

*Mitglied des Reichsbankdirektoriums*

*geb. 1900 (Enzweihingen/Württemberg)*

*gest. 1971 (Rasteau/Provence)*

Von 1920-1939 ist Blessing Reichsbankbeamter und zuständig für Reparationsfragen. 1925 erwirbt er das Diplom an der Handelshochschule in Berlin. Während seines Dienstes bei der Reichsbank nimmt er an internationalen Konferenzen über Reparationszahlungen Deutschlands teil und ist 1929 an der Verabschiedung des Young-Plans beteiligt. Von 1930-1934 vertritt er die deutschen Interessen bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, über welche die deutschen Reparationsschulden abgetragen werden sollen. Von 1934-1937 arbeitet er als Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium. 1937 wird er Mitglied der NSDAP und in das Direktorium der Reichsbank sowie den engeren Beirat der Deutschen Bank berufen.

Seit 1939 gehört er dem „Freundeskreis Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler an. Im Februar 1939 scheidet er aus dem Direktorium der Reichsbank aus und ist von 1939-1941 Generaldirektor der Margarine Union AG, danach der Kontinentale Öl AG und bekleidet den Rang eines Wehrwirtschaftsführers.

1945 von den westlichen Alliierten interniert, wird er dank der Fürsprache des jüdischen Emigranten Hans Schäffer nach kurzer Haftzeit entlassen und beginnt eine glanzvolle Karriere als Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte von Großunternehmen.

1948 wird er wieder Vorstandsmitglied der Margarine-Union (Uni-Lever), 1950 Senator der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1956 wird er in den Aufsichtsrat der IG Farben AG i.A. aufgenommen und ist von 1958-1969 Präsident der Bundesbank. 1971 stirbt Blessing im Alter von 71 Jahren in der Provence.

### **Rudolf Brinkmann**

*Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, SS-Oberführer*

*geb. 1893 (Greene, Kreis Gandersheim)*

*gest. 1955 (Berlin-Wannsee)*

1933 ist er Direktor der Deutschen Golddiskontbank und von 1934-1937 Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium. 1937 wird er Mitglied des Direktoriums der Deutschen Reichsbank. 1939 ist Brinkmann Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums und Preußischer Staatsrat.

Mitte Februar 1939 wird er aus Krankheitsgründen beurlaubt und im Mai 1944 aufgrund seiner Erkrankung in den Ruhestand versetzt, danach wird er bis Kriegsende in eine „Nervenheilstalt“ in Bonn eingewiesen.

### **Josef Bürckel**

*Gauleiter, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich*

*geb. 1895 (Lingenfeld/Pfalz)*

*gest. 1944 (Neustadt a.d. Weinstraße)*

Der Sohn einer alteingesessenen Handwerkerfamilie besucht die Volksschule in Lingenfeld und die Realschule in Karlsruhe. Von 1909-1914 wird er an der Lehrerbildungsanstalt in Speyer ausgebildet und besteht 1915 die Abschlussprüfung. Er ist Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg und dient im 17. bayerischen Infanterieregiment, bis er 1916 aus gesundheitlichen Gründen aus dem Militär entlassen wird. Er arbeitet danach als Aushilfslehrer. 1918 meldet er sich erneut zur Front (20. Feldartillerieregiment). 1919 besteht er die praktische Lehrerprüfung und wird zunächst Hilfslehrer und von 1921-1927 Lehrer. 1921 bekommt er erste Kontakte zur nationalsozialistischen Bewegung. 1924 beteiligt er sich an der Erstürmung des von pfälzischen Separatisten besetzten Rathauses in Pirmasens. 1925 erfolgt der Eintritt in die NSDAP. Er wird Parteiredner. 1926 ist er Gauleiter der Rheinpfalz, tritt 1927 zurück, übernimmt aber erneut die Gauleitung. 1930 vom Schuldienst beurlaubt, wird er Mitglied des Reichstages. 1933 erfolgt seine Ernennung zunächst zum Gauleiter in der Saarpfalz, 1934 zum Saarbeauftragten der Reichsregierung. Damit ist er de facto Leiter des nationalsozialistischen Abstimmungskampfes im Saargebiet. Er ist 1935/36 Reichskommissar für die Rückgliederung des Saargebiets, wird 1935 Gruppenführer des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), 1936 Reichskommissar für das Saarland sowie SA-Obergruppenführer und 1937 SS-Gruppenführer. 1938 erfolgt die Ernennung zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, mit der Aufgabe, die Reorganisation der NSDAP in der „Ostmark“ durchzuführen. Er wird Chef der Zivilverwaltung in Mähren.

1939 zum Gauleiter von Wien ernannt, wird er dort 1940 Reichsstatthalter und geht anschließend als kommissarischer Chef der Zivilverwaltung in das eroberte Lothringen. Dort veranlasst er die Deportation der jüdischen Bevölkerung in das Lager Gurs und die Vertreibungen der französischsprachigen

Bevölkerung. 1941 erfolgt seine Ernennung zum Reichsstatthalter und Gauleiter der Westmark, 1942 zum Reichsverteidigungskommissar. Nach seinem Tod durch „akutes Versagen des Kreislaufs“ sprechen einige von Selbstmord, der durch die SS erzwungen sein soll. Er bekommt ein pompöses Staatsbegräbnis. Da seine Familie die Vermutungen des Selbstmordes nährt, konnte Bürckel später zum Opfer des Nationalsozialismus stilisiert werden.

### **Kurt Daluege**

*Chef des Hauptamtes Ordnungspolizei*

*geb. 1897 (Kreuzberg/Oberschlesien)*

*gest. 1946 (Hinrichtung in Prag)*

Der Sohn eines mittleren Beamten und Jugendführer im Wandervogel erhält 1916 das Notabitur. Er ist Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg. 1918 wird er schwer verwundet. Anschließend ist er Fabrikarbeiter. Von 1918-1921 gehört er zeitweilig dem Selbstschutz Oberschlesien an. 1922 beginnt er ein Tiefbaustudium an der Technischen Hochschule in Berlin. Der NSDAP tritt er 1923 bei und gehört zu Hitlers Vertrauensleuten in Berlin. 1924 beendet er das Studium als Diplom-Ingenieur und ist anschließend als Beamter für Hoch- und Tiefbau bei der Stadtverwaltung Berlins tätig. Er wird Angehöriger des Freikorps Roßbach, des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, der Großdeutschen Arbeiterpartei und Gründer und Führer der Berliner SA bis 1928. Von 1926-1928 ist er stellvertretender Gauleiter in Berlin, tritt 1928 der SS bei und ist 1929-1933 Führer der SS-Gruppe Ost. 1932 wird er in den Preußischen Landtag gewählt. Ab 1933 ist er Mitglied des Reichstages. Er wird von Göring als Kommissar z.b.V. (zur besonderen Verwendung) mit der Säuberung der preußischen Polizei im Innenministerium beauftragt und ist als Ministerialdirigent im preußischen und Reichsinnenministerium mit der Leitung der Polizeiabteilung beauftragt. Er wird Befehlshaber der Polizei, Generalleutnant der preußischen Landespolizei, Preußischer Staatsrat, SS-Gruppenführer sowie 1936 SS-Obergruppenführer und ist Chef der Ordnungspolizei. Damit ist er zuständig für die Schutzpolizei, Polizeibataillone, Gendarmerie, Technische Nothilfe, Feuerschutz- und Gemeindepolizei und Sonderpolizeien.

1942 wird er zum Generaloberst der Polizei befördert und zum stellvertretenden Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. 1943 wird er aus Böhmen und Mähren abberufen, 1945 erfolgt seine Verhaftung durch die US-Armee.

Von den Amerikanern wird er 1946 an die Tschechoslowakei ausgeliefert. Er versucht vergeblich, sich dem Todesurteil durch Selbstmord zu entziehen. 1946 wird er in Prag hingerichtet.

### **Hans Fischböck**

*Landesminister für Handel und Verkehr in Österreich*

*geb. 1885 (Gera, Bezirk Horn)*

*gest. 1967 (Wehrda, bei Marburg)*

Der Jurist und Bankier wird 1936 zum Direktor der österreichischen Versicherungs-AG ernannt. 1938 erfolgt die Berufung in den Staatsrat zur Bearbeitung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich. Im gleichen Jahr wird er österreichischer Minister für Handel und Verkehr sowie Mitglied des „Reichstages“.

1940 geht er als Generalkommissar für Finanzen und Wirtschaft zum Reichskommissar für die besetzten Niederlande. 1942 wird er zum Reichskommissar für die Preisbildung ernannt, 1943 SS-Brigadeführer und Staatssekretär sowie Präsident der Industrie- und Handelskammer Wien. Außerdem ist er Leiter der Wirtschaftskammer Wien, gehört dem Beirat der Deutschen Bank an und wird Vorsitzender des Vorstands der Creditanstalt-Bankverein Wien.

### **Wilhelm Frick**

*Reichsinnenminister, u.a. zuständig für die „Nürnberger Rassengesetze“*

*geb. 1877 (Alsenz/Pfalz)*

*gest. 1946 (hingerichtet in Nürnberg)*

Als Sohn eines evangelischen Lehrers erhält Frick eine konservativ-nationalistische Erziehung. Dem Besuch des Gymnasiums in Kaiserslautern schließt sich ein Jurastudium in München, Berlin, Göttingen und Heidelberg - dort erfolgt 1901 die Promotion - an. 1903 besteht er die Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst und geht nach dem Assessorexamen in den bayerischen Staatsdienst. 1904 ist er Regierungsakzessist bei der Kreisregierung von Oberbayern und Amtsanwalt bei der Polizeidirektion München. 1907 geht er als Bezirksamtsassessor nach Pirmasens. 1917 wechselt er zur Polizeidirektion München (Kriegswucher-Abteilung) und ist von 1919-1921 als Oberamtmann Leiter der politischen Polizei in der Polizeidirektion München. Er verhilft zahlreichen gefangenen Freikorpsmitgliedern, die politische Morde begangen hatten, zur Flucht. 1923 hat er die Leitung der Kriminalpolizei im Münchener Polizeipräsidium inne und beteiligt sich am Hitler-Ludendorff-Putsch in München. Vorübergehend ist er dort Polizeipräsident. 1924 wird er wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 15 Monaten Festungshaft (auf Bewährung) verurteilt. Er geht für die NSDAP-Ersatzorganisation „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung“ in den Reichstag, obwohl er ein radikaler Gegner des Parlamentarismus ist. 1925 tritt er in die NSDAP ein, erhält ein Reichstagsmandat und führt seit 1928 die Reichstagsfraktion. Von 1926-1930 und 1932/33 arbeitet er beim Obergewerksamt München. 1930 wird Frick in Thüringen erster nationalsozialistischer Minister für Inneres und Volksbildung. Seit 1933 ist er Reichsminister für Inneres und u.a. verantwortlich für die Einführung des „Arierparagraphen“ in das Beamtengesetz. 1935 wird er Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung. Als Minister ist er an der Entstehung der Nürnberger „Rassengesetze“ und bis 1938 an zahlreichen weiteren antijüdischen Gesetzen und Verordnungen beteiligt.

1942 wird er entmachtet und Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1943 folgt er Heydrich als Reichsprotector für Böhmen und Mähren.

1946 wird Frick in Nürnberg vom Internationalen Militärgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

### **Walther Funk**

*Reichswirtschaftsminister, u.a. zuständig für „Arisierung“ der Wirtschaft*

*geb. 1890 (Trakehnen/Ostpreußen)*

*gest. 1960 (Düsseldorf)*

Funk stammt aus einer ostpreußischen Gutspächterfamilie. Nachdem er 1906 Fahnenjunker geworden ist, studiert er in Berlin erst Philosophie, Geschichte, Literatur und Musik, dann Rechts- und Staatswissenschaften und schließlich Volkswirtschaft. Parallel zum Studium betätigt er sich als Wirtschaftsjournalist und ist ab 1912 als Börsenjournalist in einem Handelsbüro tätig. Im Ersten Weltkrieg wird er 1916 als dienstuntauglich entlassen und arbeitet nun als Handelsredakteur der „Berliner Börsenzeitung“ und ab 1920 als deren Chefredakteur. 1930 beginnt seine Hinwendung zum Nationalsozialismus: Da Funk über gute Beziehungen zum Ruhrkohlsyndikat, Hoesch, Thyssen, den Vereinigten Stahlwerken und zu Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht verfügt, kann er erhebliche finanzielle Mittel für die NSDAP einwerben, der er 1931 beiträgt. Er avanciert zu Hitlers persönlichem Wirtschaftsberater und übernimmt 1932 die Leitung der Kommission für Wirtschaftspolitik in der Reichsleitung der NSDAP. Außerdem vertritt er die Partei als Reichstagsabgeordneter. Mit Gottfried Feder verfasst er das „Wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP“. 1933 zum Pressechef der Reichsregierung ernannt, ist er bis 1937 Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung als Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Er ist mitverantwortlich für die „Gleichschaltung“ der Presse. Zu seinen Funktionen gehört die eines Vizepräsidenten der Reichskulturkammer. 1938 wird Funk Nachfolger Hjalmar Schachts als Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft und damit de facto Erfüllungsgehilfe des Beauftragten für den Vierjahresplan, Hermann Göring. Funk errichtet bei seinem Amtsantritt als Reichswirtschaftsminister sofort ein „Judenreferat“, dessen Aufgabe es vorrangig ist, die „Arisierung“ der Wirtschaft voranzutreiben. Dieses Referat wird von dem ebenfalls an der Besprechung teilnehmenden Rudolf Schmeer vertreten.

1939 wird Funk Präsident der Deutschen Reichsbank und Mitglied des Ministerrats für die Reichsverteidigung. Von Göring erhält er 1940 den Auftrag, den Aufbau einer europäischen Wirtschaft unter deutscher Hegemonie vorzubereiten. Ab 1943 ist er maßgeblich für die Ausbeutung der besetzten Gebiete, den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und die Ausraubung der ermordeten jüdischen Bevölkerung verantwortlich.

1946 wird Funk vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Im Mai 1957 wegen Haftunfähigkeit aus dem Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau entlassen, stirbt er 1960.

## **Joseph Goebbels**

*Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda*

*geb. 1897 (Rheydt/Niederrhein)*

*gest. 1945 (Selbstmord in Berlin)*

Der aus einer katholischen kleinbürgerlichen Familie stammende Goebbels besucht ein Gymnasium und macht 1917 das Abitur. Eine Meldung als Kriegsfreiwilliger wird wegen Wehruntauglichkeit (Gehbehinderung nach Knochenmarkentzündung) abgelehnt. Er studiert Germanistik, Philosophie und Kunstgeschichte in Bonn, Freiburg, Würzburg, München, Berlin und Heidelberg. Bereits während des Studiums verfasst er zahlreiche Romane und Stücke. 1921 promoviert er mit einer literaturgeschichtlichen Dissertation. 1923 ist er kurzzeitig bei der Dresdner Bank in Köln beschäftigt. 1924 wird Goebbels Redakteur einer völkisch-nationalistischer Zeitung, tritt der NSDAP bei und gründet eine Ortsgruppe der Partei in Mönchengladbach. Seine Rednergabe wird entdeckt. Er arbeitet als Schriftleiter der „Völkischen Freiheit“ (Gauzeitung der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung in Elberfeld) und schreibt fast alle Artikel selber. 1925 ist er Geschäftsführer des von Karl Kaufmann geführten NSDAP-Gaues Rheinland-Nord in Elberfeld und Redakteur der „Nationalsozialistischen Briefe“. 1926 geht er als Gauleiter nach Berlin und reorganisiert die dortige NSDAP-Organisation. Durch Provokation der kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen, gezielte Beleidigungen und Verleumdungen gelingt es Goebbels, Aufmerksamkeit zu erregen und den Einfluss der Partei auszuweiten. 1927 erfolgt die Gründung der Zeitung „Der Angriff“. 1928 hält er seine erste Rede im Berliner Sportpalast, der bis zum Ende des NS-Regimes viele weitere folgen. Als Abgeordneter vertritt er die NSDAP im Reichstag. Er organisiert antisemitische Kampagnen gegen „einflussreiche Juden“ und stilisiert den ermordeten Horst Wessel zum Märtyrer der nationalsozialistischen Bewegung. Seit 1929 ist er Reichspropagandaleiter der NSDAP. 1932 schreibt er in seinem Tagebuch: „Wir werden die Macht niemals wieder aufgeben, man muß uns als Leichen heraustragen.“ Nachdem Goebbels mit der Vorbereitung der Reichstagswahl vom 5. März 1933 ein Meisterstück seiner Agitation gezeigt hat, erfolgt die Ernennung zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda sowie als Präsident der Reichskulturkammer. Er ist Organisator der Boykottaktion vom 1. bis 4. April 1933 und nimmt wie Göring am 30. Juni 1934 an der Mordaktion gegen Röhm u.a. teil. Unter seiner Verantwortung erfolgt 1937 die „Säuberung“ der Museen von „entarteter“ Kunst. Goebbels spielt eine zentrale Rolle bei der Initiierung der Pogrome im November 1938: Nachdem der am 7. November 1938 von dem jüdischen Jugendlichen Herschel Grynszpan in der deutschen Botschaft in Paris auf Ernst vom Rath verübte Mordanschlag am Nachmittag des 9. November 1938 den Tod des Diplomaten zur Folge hat, sieht er darin einen geeigneten Vorwand für die euphemistisch als „Kristallnacht“ bezeichneten Pogrome. Nachdem bekannt wird, dass vom Rath seinen Verletzungen erlegen ist, hält Goebbels eine antisemitische Hetzrede. Er erwähnt bereits erfolgte „spontane Vergeltungsaktionen“ in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt und gibt kund, dass weitere „Ausbrüche des Volkszorns“ zu erwarten seien. Die Rede erfüllt offensichtlich ihren Zweck in die „Richtung des gewünschten Handelns.“ Nachdem es bereits am 7. November in Kassel und kurz darauf in weiteren nordhessischen Orten zu den von Goebbels erwähnten antijüdischen Ausschreitungen gekommen ist, finden

am späten Abend des 9. November, in der Nacht zum 10. November und im Laufe des 10. November - so auch in Siegen - reichsweit Pogrome statt.

Ab 1941 ordnet Goebbels mehrere Aktionen an, Berlin „judenfrei“ zu machen. Nach der Niederlage von Stalingrad 1943 hält er die berüchtigte „Sportpalastrede“ mit der Forderung nach dem „totalen Krieg“. Im Anschluss an das Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler wird er zum Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz ernannt. Angesichts der auf Berlin vorrückenden Roten Armee im Frühjahr 1945 zieht er mit seiner Familie zu Hitler in den Führerbunker und wird von ihm zu seinem Nachfolger als Reichskanzler bestimmt. Einen Tag, nach der „Ernennung“ begeht er am 1. Mai 1945 mit seiner Familie Selbstmord.

### **Hermann Göring**

*Generalfeldmarschall, Beauftragter für den Vierjahresplan*

*geb. 1893 (Marienbad bei Rosenheim)*

*gest. 1946 (Selbstmord in Nürnberg)*

Der Sohn eines aus Westfalen stammenden kaiserlichen Kolonialbeamten absolviert nach dem Schulbesuch von 1905-1911 in Fürth und Ansbach die Kadettenanstalten in Karlsruhe und Berlin-Groß-Lichterfelde und besteht 1911 das Fähnrichsexamen. 1913 macht er das Abitur und Offiziersexamen und wird 1914 Leutnant in einem badischen Infanterieregiment, geht zur Luftwaffe und wird in einer Fliegerschule ausgebildet. Er „bewährt“ sich als Jagdflieger, wird 1917 nach einer Verwundung Kommandeur einer Jagdstaffel, 1918 Oberleutnant und Kommandeur des Jagdgeschwaders „Manfred Freiherr von Richthofen“. Am Ende des Ersten Weltkrieges ist er Hauptmann und stürzt nach der Demobilisierung in eine tiefe Krise, bis er eine Arbeit als Testpilot und Kunstflieger in Dänemark findet. 1921 beginnt er in München mit dem Studium Nationalökonomie und Geschichte. 1922 findet ein Zusammentreffen mit Hitler und danach der NSDAP-Beitritt statt. Der arbeitslose Offizier wird Organisator und oberster Führer der Sturmabteilungen (SA) und nimmt 1923 am Hitler-Ludendorff-Putsch in München teil, bei dem er schwer verwundet wird. Über Österreich flieht Göring nach Italien und dann Schweden. 1927 erfolgt die Rückkehr nach Deutschland, wo er als Vertreter von Zuliefererfirmen der aufkommenden Luftfahrtindustrie in Berlin arbeitet. 1928 wird er für die NSDAP in den Reichstag gewählt, dessen Präsident er ab 1932 ist. 1933 tritt er neben Reichskanzler Adolf Hitler und Wilhelm Frick als dritter Nationalsozialist in die mit der Deutschnationalen Volkspartei gebildete Koalitionsregierung ein, wird Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Reichskommissar für das preußische Innenministerium und für den Luftverkehr, etwas später Reichsminister für Luftfahrt und General der Infanterie. Zu seinen vielen Ämtern gehört das des preußischen Ministerpräsidenten sowie Innenministers und des Präsidenten des Preußischen Staatsrats. Göring veranlasst die Errichtung des Geheimen Staatspolizeiamtes und spielt eine zentrale Rolle bei der Verhaftungs- und Mordaktion „Röhm“ am 30. Juni 1934. Der zum Reichsforst- und Reichsjagdmeister ernannte Göring wird heimlich zu Hitlers designiertem Nachfolger bestellt. 1935 wird er Oberbefehlshaber

der Luftwaffe, 1936 erfolgt die Ernennung zum Rohstoff- und Devisenkommissar und Beauftragten für den Vierjahresplan. Damit ist seine Machtfülle nahezu unbegrenzt. Ab 1937 werden die „Hermann-Göring-Werke“ zum größten Stahlkonzern Europas auf- und ausgebaut. 1937/38 übernimmt er kurzzeitig das Reichswirtschaftsministerium und gestaltet es zu einem Exekutivorgan der Vierjahresplanbehörde um.

1938 wird er zum Generalfeldmarschall und 1939 offiziell zu Hitlers Nachfolger bestimmt. Der Vorsitzende des Reichsverteidigungsrates wird 1940 Reichsmarschall. 1941 beauftragt er Heydrich mit der „Endlösung der Judenfrage“. 1943 kommt es zum „Bruch“ mit Hitler. Von diesem wird er 1945 („politisches Testament“ vom 29. April) aus der NSDAP ausgestoßen.

1946 wird Göring im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tode durch Erhängen verurteilt. Er entzieht sich der Hinrichtung durch Selbstmord.

### **Franz Gürtner**

*Reichsjustizminister*

*geb. 1881 (Regensburg)*

*gest. 1941 (Berlin)*

Der Sohn eines Lokomotivführers besteht 1900 in Regensburg die Reifeprüfung und studiert Rechtswissenschaft in München. 1904 wird er Einjährig-Freiwilliger und absolviert die Referendarprüfung, 1908 die bayerische Staatsprüfung (Assessor) und wird 1909 Syndikus des Bayerischen Brauerbundes. Anschließend arbeitet er als Staatsanwalt in München, wird 1912 Amtsrichter, und ist gleichzeitig bis 1914 Personalreferent im bayerischen Justizministerium. Im Ersten Weltkrieg leistet er Dienst im bayerischen 11. Infanterieregiment an der Westfront, wird 1917 zum Hauptmann befördert und dient bis 1919 beim deutschen Expeditionskorps in Palästina. Danach ist er wieder als Staatsanwalt in München tätig und ermittelt in der dortigen Stadtkommandantur gegen strafverdächtige Umstürzler. Nach dreimonatiger Beurlaubung (Beschäftigung bei der Bayerischen Vereinsbank) ist er 1920 Landgerichtsrat und im bayerischen Justizministerium als Referent für Gnadensachen tätig, wird 1921 Oberregierungsrat und 1922 als Vertreter der (deutsch-nationalen) Bayerischen Mittelpartei bayerischer Justizminister. Er tritt der Deutschnationalen Volkspartei bei. 1923 hält er eine Anklage gegen Hitler u.a. wegen unerlaubter Bildung bewaffneter Haufen zurück, die 1924 schließlich fallengelassen wird. 1932 erfolgt die Auszeichnung zum Ehrendoktor der Universität Würzburg, und er wird Reichsjustizminister im Kabinett von Papen. 1933 von Reichskanzler Hitler übernommen, nimmt er 1934 die nachträgliche Legalisierung der Morde vom 30. Juni 1934 („Röhm-Putsch“) hin, die als Staatsnotwehr und damit für „rechters“ erklärt werden. Er wird 1937 mit übrigen Nicht-Parteigenossen des Kabinetts (z.B. Schwerin von Krosigk) in die NSDAP übernommen. Der Reichsjustizminister akzeptiert die Niederschlagung der staatsanwaltlichen Verfolgung von bei den Pogromen im November 1938 begangenen Straftaten. Seit 1940 krank, stirbt er 1941.

### **Reinhard Heydrich**

*Leiter des SS-Hauptamtes Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD)*

*geb. 1904 (Halle/Saale)*

*gest. 1942 (durch Attentat in Prag)*

Der Sohn eines Komponisten und Direktors eines Konservatoriums gehört als Gymnasiast 1918/19 dem Deutsch-Völkischen Jugendbund, ab 1920 dem Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund an und tritt in Halle in das Freikorps Märker ein. 1921 ist er Mitbegründer der Deutsch-völkischen Jungenschaft. Nach dem 1922 abgelegten Abitur geht er als Seekadett zur Reichsmarine, wird 1924 Fähnrich, 1926 Leutnant zur See und nach dem Besuch der Marinennachrichtenschule 1928 Oberleutnant zur See. 1931 wird er Mitglied der Marine-SA. Wegen Verstoßes gegen den Moralkodex (gebrochenes Eheversprechen) muss er aus der Marine ausscheiden. 1931 tritt er in die NSDAP ein und wird SS-Sturmführer beim Oberstab des Reichsführers-SS Heinrich Himmler. Er organisiert den Aufbau der Organisation und ist seit 1932 Chef des Sicherheitsdienstes (SD) der SS, wird zum SS-Standartenführer befördert und 1933 Leiter der politischen Abteilung in der Polizeidirektion München. Daran schließt sich die Leitung der bayerischen politischen Polizei, später der politischen Polizei im preußischen Innenministerium und die Beförderung zum SS-Oberführer an. Nach der 1934 erfolgten Gründung des Preußischen Geheimen Staatspolizeiamtes übernimmt er dessen Leitung, wird Preußischer Staatsrat und Mitglied des „Reichstages“. Seit 1936 ist Heydrich Leiter des SS-Hauptamtes Sicherheitspolizei (Gestapo und Kriminalpolizei) und des Sicherheitsdienstes (SD) und SS-Gruppenführer.

1939 wird er Chef des Reichssicherheitshauptamtes (gleichrangig mit den Reichsministern). Er wird mit der Ausarbeitung der Maßnahmen zur „Endlösung der Judenfrage“ und entsprechenden Abstimmungen mit den Reichsbehörden beauftragt. Er ordnet die Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung von Polen an und befiehlt 1941 nach dem Überfall auf die Sowjetunion den Einsatzgruppen die Exekution kommunistischer Funktionäre und der jüdischen Bevölkerung. Heydrich wird zum (stellvertretenden) Reichsprotector von Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer und General der Polizei ernannt. 1942 beruft er die Wannsee-Konferenz zur Koordinierung der massenhaften Ermordung der jüdischen Bevölkerung in Europa („Endlösung der Judenfrage“) ein. Im gleichen Jahr wird von einem Spezialkommando der tschechischen Exilregierung ein Attentat auf ihn verübt, an dessen Folgen er kurz darauf stirbt. Er erhält in Berlin ein pompöses Staatsbegräbnis. Das Attentat wird mit einer Terrorwelle gegen die tschechische Bevölkerung beantwortet, dem u.a. das Dorf Lidice zum Opfer fällt.

### **Eduard Hilgard**

*Vorstandsmitglied der Allianz-Versicherung*

*geb. 1884 (Bad Dürkheim)*

*gest. 1982 (Kreuth)*

Über Hilgard sind äußerst wenige Informationen überliefert: Nach dem Abschluss des Jurastudiums 1909 und der Referendarzeit in München leistet er von 1914-1918 Kriegsdienst als Offizier. Seit 1918 ist er im öffentlichen Dienst und ab 1919 im Reichsfinanzministerium in der Friedensvertragsabteilung tätig, zuletzt als Oberregierungsrat. 1921 erfolgt der Eintritt in die Allianz-Versicherung in Berlin als stellvertretender Direktor. 1925 wird er in den Vorstand der Allianz (zuständig für Innere Verwaltung und Finanzen) aufgenommen. Ab 1930 ist er Leiter der Neuen Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG und wird 1933 stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Allianz-Versicherung. Er ist zugleich Vorsitzender des Reichsverbands der Privatversicherungen. Von 1934-1945 ist er Leiter der Reichsgruppe Versicherungen. 1944 scheidet er aus dem Vorstand der Allianz und entgeht deshalb 1945 zunächst einer Verhaftung.

Seine Entnazifizierung endet mit der Einstufung als „Mitläufer“ und einer Verurteilung zu einer Geldstrafe von 1.000 Mark. Er hat - unter Berücksichtigung seines Vermögens von 210.000 DM - die Verfahrenskosten in Höhe von 11.500 DM zu zahlen, die später auf 3.000 DM reduziert werden. Von 1948-1953 ist er Mitglied des Aufsichtsrates der Allianz, 1953-1960 Vorsitzender des Gemeinsamen Beirats von Allianz und Allianz Leben. Er stirbt 1982 in Kreuth.

### **Hans Kehrl**

*Generalreferent für Sonderaufgaben im Reichswirtschaftsministerium*

*geb. 1900 (Brandenburg/Havel)*

*gest. 1984 (Grafenau)*

Der Sohn eines Tuchfabrikanten besucht nach Bürgerschule und Gymnasium das Technikum für Textilindustrie in Reutlingen und die Webschule in Aachen. 1923 erfolgt der Eintritt in den väterlichen Betrieb in Cottbus und dessen Übernahme nach dem Tod des Vaters 1926. 1933 ist er Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer für die Niederlausitz und Gauwirtschaftsberater der NSDAP (Gau Kurmark). 1934 wird er Mitarbeiter im Büro Keppler und Wirtschaftsberater Hitlers. 1936 geht er als Mitarbeiter von Göring in das Textilreferat beim Beauftragten für den Vierjahresplan und übernimmt die Leitung. Von 1938-1942 ist er als Generalreferent für Sonderaufgaben im Reichswirtschaftsministerium zuständig. Er wird zum SS-Brigadeführer ehrenhalber ernannt und Werkscharbannführer der Deutschen Arbeitsfront.

1942 ist er Hauptabteilungsleiter Industrie im Reichswirtschaftsministerium, Leiter des Rohstoffamtes, Chef des Planungstabes im Reichsministerium für Rüstung und Produktion und zuständig für die Ausnutzung der Rohstoffe in den besetzten Gebieten. Kehrl gehört u.a. dem Aufsichtsrat der Alpine Montan AG „Hermann Göring“ an.

Mit Schwerin von Krosigk, Stuckart, Woermann u.a. wird er 1949 im Wilhelmstraßen-Prozess angeklagt. Er erhält eine Strafe von 15 Jahren Gefängnis. Durch eine Verfügung des Hohen Kommissars McCloy wird er 1951 entlassen. In diesem Jahr kann er den Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Regierungsbezirks Düsseldorf davon überzeugen, dass er nur „wegen seines Könnens“ in das Reichswirtschaftsministerium geholt worden war. Dementsprechend wird er in die Kategorie „Entlastete“ eingruppiert. „Die Entscheidung ist ein Beweis dafür, daß die politische Säuberung in Nordrhein-Westfalen sich im Jahre 1951 schon totgelaufen hatte. Kehrl veröffentlicht 1973 das Buch „Krisenmanager im Dritten Reich“.

### **Rudolf Schmeer**

*Im Reichswirtschaftsministerium zuständig für „Judenfragen“*

*geb. 1905 (Saarbrücken)*

*gest. 1966 (Erlangen)*

Der zum Elektromonteur ausgebildete Schmeer wird 1926 Führer der NSDAP im Regierungsbezirk Aachen. 1930 in den Reichstag gewählt, agiert er 1931 als stellvertretender Gauleiter von Aachen und wird 1932 Stabsleiter des Landesinspektors West sowie Reichsinspekteur der NSDAP. 1933 erfolgt seine Ernennung zum stellvertretenden Leiter der Deutschen Arbeitsfront (DAF), Leiter des Reichsschulungsamtes sowie Leiter der Reichsparteitage. Seit 1934 Leiter der Zentralstelle für den Vierjahresplan der DAF, wird er zum Preußischen Staatsrat ernannt und zum Ministerialrat befördert. Als Hauptabteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium ist er für „Judenfragen“ zuständig.

1943 wird Schmeer SA-Gruppenführer, zum Ministerialdirektor und Leiter der Hauptabteilung III des Reichswirtschaftsministeriums befördert.

### **Lutz Graf Schwerin von Krosigk**

*Reichsfinanzminister*

*geb. 1887 (Rathmannsdorf/Anhalt)*

*gest. 1977 (Essen)*

Dem Sohn des Juristen Erich von Krosigk fällt nach der 1925 erfolgten Adoption durch seinen Onkel der Titel des Grafen von Schwerin zu. Er studiert nach dem Besuch einer Klosterschule Jura und Staatswissenschaften in Lausanne, Oxford und Halle. Seit 1909 ist er im preußischen Justizdienst als Referendar beschäftigt und besteht 1914 das Examen. Im Ersten Weltkrieg dient er als Reserveoffizier. 1919 wird er Regierungsreferendar in Stettin. Als Monarchist steht er der Deutschnationalen Volkspartei nahe. Er geht 1920 als Assessor zum Landratsamt Hindenburg/Oberschlesien. Anschließend tritt er in das Reichsfinanzministerium (Reparationsabteilung) ein und wird Regierungsrat. 1921-1931 ist er Sachverständiger bei verschiedenen internationalen Konferenzen, wird 1922 Oberregierungsrat, 1923 Referent in Haushaltsabteilung, 1924 Ministerialrat, 1925 Generalreferent und 1929 Leiter der Haushaltsabteilung (Ministerialdirektor). 1931 ist er auch Leiter der Reparationsabteilung.

1932 wird er Reichsfinanzminister und bleibt in dieser Position bis 1945. 1937 wird er von Hitler zum Sondermitglied der NSDAP und gleichzeitig Träger des Goldenen Parteiabzeichens ernannt. Als Reichsfinanzminister trägt er die Verantwortung für die fiskalische Ausraubung der jüdischen Bevölkerung sowie die Finanzierung der deutschen Wiederaufrüstung und Kriegsvorbereitungen.

Ab 2. Mai 1945 ist Schwerin von Krosigk Chef der „geschäftsführenden Reichsregierung“ unter Dönitz. Der am 23. Mai 1945 von alliierten Soldaten Verhaftete wird 1949 im Wilhelmstraßen-Prozess (weitere Beschuldigte sind u.a. Stuckart, Woermann und Kehl) wegen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit u.a. wegen der Verfolgung von Juden angeklagt. Er stellt sich dem Gerichtshof als „tief religiöser Mann“ dar, der „manchen Gewissenskonflikt durchzukämpfen“ hatte. Bei der Abwägung der Beteuerungen und der Taten kommt das Gericht jedoch zu der Ansicht: „Kein Verbrecher kann sich damit entschuldigen, daß er bei der Tat ein schlechtes Gewissen hatte“.

Allen Entlastungsversuchen zum Trotz verurteilt ihn der alliierte Gerichtshof wegen der Teilnahme des von ihm geführten Reichsfinanzministeriums an der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung zu 10 Jahren Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird dabei der Umstand besonders hervorgehoben, „daß das Finanzministerium unter der Leitung des Angeklagten ständig mit der Übernahme, Veräußerung und Verwertung des beschlagnahmten jüdischen Besitzes befaßt war.“ Der Januar 1951 auf Anordnung des US-Hochkommissars entlassene Kriegsverbrecher wird im gleichen Jahr vom Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Regierungsbezirks Düsseldorf in die Kategorie III (als Minderbelasteter) eingestuft, obwohl festgestellt werden musste: „Der Betroffene hat als Mitglied der Reichsregierung an Entscheidungen mitgearbeitet, die für das deutsche Volk, insbesondere jüdische Staatsbürger, von katastrophaler Auswirkung waren. [...] Es steht [...] fest, daß der Betroffene zugegen war, als am 12.11.1938 Göring Maßnahmen gegen jüdische Bürger bekannt gab (Geldbuße 1 Milliarde Mark).“ Schwerin von Krosigk zieht sich ins Privatleben zurück, entwickelt eine rege schriftstellerische Tätigkeit und stirbt fast 90-jährig 1977 in Essen.

### **Wilhelm Stuckart**

*Staatssekretär im Reichsinnenministerium*

*geb. 1902 (Wiesbaden)*

*gest. 1953 (Autounfall)*

Stuckart ist Sohn eines Eisenbahnarbeiters. 1922 erhält er das Abitur am Realgymnasium. Von 1919-1922 leitet er die Wiesbadener Jugendgruppe der Deutschnationalen Volkspartei und schließt sich dem Freikorps Epp in München an. 1923 beteiligt er sich am Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebiets und wird zwei Mal von den Franzosen verhaftet. Während des Studiums (Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft) tritt er 1922 in die NSDAP ein. Nach einer Unterbrechung des Studiums und Tätigkeit als Bankangestellter in Frankfurt a.M. studiert er 1924 dort weiter und besteht 1926 das

Referendarexamen. Er wird Rechtsberater der NSDAP in Wiesbaden. 1928 promoviert Stuckart, besteht 1930 die große juristische Staatsprüfung und ist 1930/31 Richter am Amtsgericht Rüdesheim sowie 1931/32 am Amts- und Landesgericht in Wiesbaden. Wegen Schwierigkeiten, die aus seiner Tätigkeit für die NSDAP herrühren, muss er aus dem Justizdienst ausscheiden und wird 1932 Rechtsanwalt in Stettin. Dort arbeitet er als kommissarischer Oberbürgermeister. Er wird SA-Mitglied und Organisator des Rechtsschutzes der SA und SS im Gau Pommern, agiert als Rechtsreferent der SA und Gauobmann des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen. Stuckart leitet eine „Lügenabwehrstelle“. 1933 erfolgt die Ernennung zum Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium, dessen Schulabteilung er leitet. Er wird Staatssekretär im preußischen Kultusministerium, Preußischer Staatsrat und 1934 - nach Zusammenlegung mit dem Reichsministerium - Staatssekretär im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Öffentlicher Unterricht. Er veröffentlicht die Schrift „Geschichte im Geschichtsunterricht“. Zwischenzeitlich kurz Oberlandesgerichtspräsident in Darmstadt wird er 1935 Staatssekretär im Reichsministerium des Innern und dort Leiter der Abteilung für Verfassung und Gesetzgebung. Er entwirft Gesetze zur Ausschaltung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger aus der Wirtschaft („Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ u.a.) und unterzeichnet die Nürnberger Gesetze (die er mit Hans Globke kommentiert). 1936 verlässt er die SA, geht in die SS und wird SS-Standartenführer. Er ist Vorsitzender des „Reichsausschusses zum Schutze des deutschen Blutes“ nebenamtlich Hauptstellenleiter im Reichsrechtsamt der NSDAP sowie Präsidialmitglied im Reichsforschungsrat. 1937 wird er zum SS-Oberführer und 1938 zum SS-Brigadeführer ernannt und übernimmt die Leitung der Zentralstelle zur Durchführung der „Wiedervereinigung“ mit Österreich.

Stuckart wird 1939 zum Stabschef des Bevollmächtigten für die Reichsverwaltung (Frick) ernannt und Mitglied des Generalrats für den Vierjahresplan. Er ist Inhaber des Goldenen Parteiabzeichens und nimmt 1942 an der Wannsee-Konferenz teil. Er wird zum SS-Gruppenführer und dann 1944 zum SS-Obergruppenführer befördert. Am 3. Mai 1945 wird er „Reichsinnenminister“ der „geschäftsführenden Reichsregierung“ unter Schwerin von Krosigk in Flensburg, bevor er in Gefangenschaft gerät.

1949 wird er im Wilhelmstraßen-Prozess (angeklagt u.a. mit Schwerin von Krosigk, Woermann und Kehrl) verurteilt. Als „erbitterter Feind der Juden“ erhält er eine Gefängnisstrafe von nur drei Jahren, zehn Monaten und zwanzig Tagen, die durch Internierung und Untersuchungshaft als verbüßt gilt. Stuckart lebt danach in West-Berlin und wird 1951 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) gewählt. Er stirbt 1953 bei einem Autounfall in der Nähe von Hannover.

### **Ernst Woermann**

*Unterstaatssekretär, Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt  
geb. 1888 (Dresden)  
gest. 1979 (Heidelberg)*

Der Sohn eines Kunsthistorikers (Direktor der Königlichen Gemäldegalerie in Dresden) studiert von 1906-1911 Rechtswissenschaft. Nachdem er 1906/07 als Einjährigfreiwilliger dient, schließt er 1911 die erste juristische Staatsprüfung ab. 1911-1915 ist er Referendar in Hamburg. Der 1912 zum Dr. jur. promovierte Woermann leistet von 1914-1918 Kriegsdienst (Oberleutnant der Reserve a.D.), wird 1915 zum Gerichtsassessor in Hamburg ernannt und tritt 1919 als Attaché in das Auswärtige Amt ein. 1920 wird er der Friedensdelegation in Paris zugeteilt und Legationssekretär der deutschen Botschaft in Paris. 1923 erfolgt seine Versetzung in das Auswärtige Amt (Referat Frankreich). 1924 gehört er der deutschen Delegation für deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen in Paris an und wird zum Gesandtschaftsrat ernannt. 1925 geht er als Leiter der Wirtschaftsabteilung nach Wien, übernimmt 1926 die Vertretung des Gesandten und wird 1928 zum Gesandtschaftsrat II. Klasse ernannt. Nachdem er wieder ins Auswärtige Amt versetzt ist, übernimmt Woermann 1930 die kommissarische Leitung des Konsulats in Lüttich und wird Konsul. Es erfolgt eine erneute Versetzung ins Auswärtige Amt zur „Bearbeitung dringlicher Angelegenheiten“. 1932 erfolgt seine Ernennung zum Legationsrat I. Klasse. Er geht als Konsul nach Nairobi und wird 1934 Vortragender Legationsrat: Er nimmt an Verhandlungen des Völkerbundes über Fragen des Saargebietes und Besprechungen mit der estnischen Regierung in Reval wegen Entschädigungen für Reichsdeutsche teil. 1936 ist er Unterabteilungsleiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, wird mit der kommissarischen Wahrnehmung der Botschaftsratsgeschäfte in London und anschließend mit der Vertretung des Botschafters beauftragt. 1937 tritt er in die NSDAP ein. Der dann zum Gesandten I. Klasse ernannte Woermann wird 1938 zum Ministerialdirektor befördert, mit der Leitung der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt beauftragt und erhält die Amtsbezeichnung: Unterstaatssekretär. Er gehört zu den Besuchern des Reichsparteitages in Nürnberg. Es wird ihm ein hoher SS-Rang verliehen.

1943 verlässt er Berlin und wird Botschafter in Nanking (China). Woermann kehrt erst längere Zeit nach Kriegsende nach Deutschland zurück. 1949 gehört er zu den Angeklagten im Wilhelmstraßen-Prozess, u.a. mit Schwerin von Krosigk, Stuckart und Kehrl, die ebenfalls zu den Teilnehmern der „Besprechung über die Judenfrage“ gehören. Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird er zunächst zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Seitens der Bundesregierung wird wegen „Erreichens der Altersgrenze von 60 Jahren“ bei den westlichen Alliierten um eine Amnestie für den ehemaligen „Botschafter“ in Nanking nachgesucht. 1957 wird er vorzeitig aus der Haft entlassen und stirbt mehr als zwanzig Jahre später 1979 im Alter von 91 Jahren in Heidelberg.

## **IMPRESSUM**

Herausgegeben von  
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.  
Landesbüro Brandenburg  
Hermann-Elflein-Str. 30/31  
14467 Potsdam

Redaktion:  
Luisa Molendzinski  
Urban Überschär

ISBN: 978-3-98628-341-4

### Hinweis

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

November 2023

Durchgesehene und erweiterte Auflage der 2003 im Verlag der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Siegerland e.V. veröffentlichte Fassung

Gestaltung: redpear, Potsdam

Titelfoto: Hans Weber

Potsdam, Blick auf die geschändete Synagoge, 10. November 1938  
Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte







[www.fes.de/landesbuero-brandenburg](http://www.fes.de/landesbuero-brandenburg)

